

Telegraphische Depeschen.

Braunschweig, 12. Febr. abends. Die Commission zur Berathung des Regentenschaftsgesetzes hat eine Fassung des Entwurfs vorgeschlagen, welche im wesentlichen mit der Regierungsvorlage übereinstimmt. Die hauptsächlichsten von der Commission beantragten Aenderungen bestehen darin, dass das Gesetz nicht für einen einzelnen in Aussicht stehenden Fall, sondern für mögliche Fälle verschiedener Art als eine Ergänzung des Landesgrundgesetzes erlassen werden soll. Ferner wird der Regierungsvorlage hinzugefügt, dass der eventuelle Regentenschaftsrath an den Kaiser das erforderliche Ersuchen zu dem Zwecke zu richten habe, dass das Verhältnis Braunschweigs zum Reiche, namentlich das Stimmrecht im Bundesrathe, für die Dauer der durch den Regentenschaftsrath geführten provisorischen Regierung in einer der Reichsverfassung entsprechenden Weise geordnet werde. In dem Commissionsbericht wird mit Bezug auf diesen Zusatz bemerkt, derselbe solle „unser Bestimmung dahin constataren, dass wir keineswegs gesonnen sind, uns der Unterordnung unter Kaiser und Reich irgendwie zu entziehen“.

München, 12. Febr. Der Reichsrath hat den 28-Millionencredit einstimmig genehmigt. Bei der Verhandlung des Antrages betreffend die Verminderung der Militärlast erklärte Ministerpräsident v. Freytag, die Regierung strebe, wie sich von selbst versteht, Ersparungen an, die Grundlagen zu einer richtigen Beurtheilung der Frage seien indes der bairischen Landesvertretung nicht gegeben. General v. Fries und der Kriegsminister sprachen sich ebenfalls gegen den Antrag aus. Schließlich wurde der Antrag mit 23 gegen 20 Stimmen angenommen.

Wien, 12. Febr. abends. Die „Presse“ erfährt, dass gegenwärtig Verhandlungen der Ministerien des Auswärtigen, des Innern, des Handels und der Finanzen im Gange seien, um gegen alle Provenienzen aus der Türkei und aus Bulgarien dieselben Maßregeln wie gegen die Provenienzen aus Russland einzuführen. Die Publication eines Einfuhrverbotes sowie der Bedingungen für den Uebertritt der Reisenden aus diesen Gebieten stehe demnächst bevor. Nicht allein eine Absperrung der Donau gegen die Sulina-Mündung, sondern auch Beschränkungen der Donauschiffahrt seien beabsichtigt.

Prag, 12. Febr. Im zweimäeligen Umfange sind die Kohlenwerke unter Wasser. Das Wasser ist fortwährend im Steigen. Die Schächte lieferten die vorzüglichste Kohle und bildeten einen Hauptfactor der Prosperität der Dux-Bodenbacher Bahn.

Bern, 11. Febr. Nach hier vorliegenden Nachrichten sind durch eine gestern im Flecken Weiringen (berner Oberland) ausgebrochene Feuersbrunst über 100 Gebäude in Asche gelegt worden.

Madrid, 12. Febr. Nach einer brieflichen Mel-

bung des Journals Patria aus Tanger vom 4. Febr. hätte der Gouverneur von Fez sich in die Freistätte der Cerimonossee geflüchtet, um sich vor einer Erhebung des Volkes sicherzustellen; der Sultan von Marokko sei vom Schlage getroffen worden und herrsche daselbst vollständige Anarchie.

Paris, 12. Febr. Das Journal officiel veröffentlicht die Ernennung von 19 neuen Generalprocuratoren, desgleichen die Ernennung der nachstehend aufgeführten Corpscommandanten: General Clinchant in Chalons, General Wolff in Besancon, General Cambriels in Clermont-Ferrand, General Lesèbvre in Lille, General Carteret in Amiens, General Cornat in Le Mans, General Doutrelaine in Orleans, General Gallisset in Tours, General Demont in Rennes, General Schmitz in Limoges, General Farré in Lyon. Die Generale Herzog von Numale, Deligny und Douay sind zu Inspectoren ernannt, die Generale Montaudon, Bataille, Dubarail und Bourbasi sind zur Disposition gestellt worden. General Partigue tritt zur Reserve über. — Der Municipalrath von Paris hat 100000 Frs. zur Unterstützung der wegen Theilnahme an dem Communalaufruhre Verurtheilten und Vergnügten bewilligt.

London, 12. Febr. Der erste Lord der Admiralität Smith wohnte gestern einem ihm von seinen Wählern in Westminster gegebenen Banket bei und äußerte dabei, die von den englischen Truppen im Zululande erlittene Niederlage sei zwar ein großes Unglück, aber doch kein solches, das nicht wieder gut gemacht werden könne. Binnen acht Tagen würden Streikkräfte von solcher Zahl, dass sie ausreichten, den Kampf zu Ende zu führen, nach dem Cap unterwegs sein, die Regierung habe volles Vertrauen zu Lord Chelmsford, der tapfer und klug sei. Ueber die Durchführung des Berliner Vertrages hege er nicht den geringsten Zweifel, das türkische Gebiet werde bereits von den Russen geräumt.

Kopenhagen, 12. Febr. Folkething: Der Justizminister brachte eine Vorlage ein betreffend die gegen die Einschleppung der Pest zu ergreifenden Maßregeln. Seitens der Linken wurde der Antrag gestellt, in gemeinsamer Sitzung von der Regierung Aufklärungen zu verlangen über den Art. 5 des Prager Friedens, über die in Bezug auf denselben geführten Verhandlungen und über die Beziehungen Dänemarks zu den auswärtigen Mächten. Die Rechte beantragte, die Regierung aufzufordern, in öffentlicher oder privater Sitzung Aufklärung über die von der Linken beantragten drei Punkte zu geben.

Petersburg, 12. Febr. Die rumänische Regierung hat die diesseitige ohne vorhergehende Mittheilung gelassen über die Absperrungsmaßregeln, die sie gegen Russland getroffen hat. Dieses Verfahren weicht wesentlich von der freundschaftlichen Art ab, in welcher die deutsche und die österreichische Regierung die hiesige von den zu treffenden Vorichtsmaßregeln

gegen die Pest seinerzeit verständigt haben. Man findet hier in specie, dass die Maßregel, wonach den rückkehrenden russischen Offizieren die erste und zweite Wagenklasse der Eisenbahn verschlossen wird, eine ungerechtfertigte und unfreundschaftliche ist.

Petersburg, 12. Febr. Ein Telegramm des Grafen Loris-Melikow zeigt an, dass Maßregeln getroffen worden sind, um große Vorräthe von Kalk zum Zwecke der Desinfection und der Verbrennung zusammenzubringen. — Es ist amtlich constatirt, dass in dem Dorfe Metjanka die Beerbigung der an der Epidemie erlegenen Personen vorschriftsmäßig stattgefunden hat.

Wien, 12. Febr. abends. Meldungen der Politischen Correspondenz. Aus Konstantinopel: „Der größte Theil der aus Rumelien abmarschirenden russischen Armee soll über die Dobrubtscha nach Russland zurückkehren. In Bessarabien verbleiben zwei Infanterie- und zwei Kosakendivisionen. — Das Gerücht von Erkrankungen an der Pest in Adrianopel ist durchaus unbegründet.“ — Aus Belgrad: „Stern fand im Ministerium des Innern eine Berathung über gegen die Einschleppung der Pest an den Grenzen gegen Bulgarien und gegen die Türkei zu ergreifende Vorsichtsmaßregeln statt, welche identisch mit den bezüglichen Maßnahmen Oesterreichs sein dürften. Die Stupschina bewilligte hierzu vorläufig einen Credit von 15000 Dukaten; auch wurde Georgievits in besonderer Mission der serbischen Regierung nach Wien und Pest delegirt.“ — Aus Salonich vom 10. Febr.: „Es ist amtlich festgestellt worden, dass der vermeintliche Fall von Metastasis bubonica in dem Dorfe Schitowa bei Kanthi daselbst schon Ende December vorgekommen war, jedoch für Typhus erklärt wurde.“

Die Eröffnung des Deutschen Reichstages.

Berlin, 12. Febr. Die Eröffnung des Reichstages durch Sr. Maj. den Kaiser fand heute nachmittag um 2 1/2 Uhr im Weißen Saale des königlichen Schlosses statt.

Gegen 2 Uhr versammelten sich die Mitglieder des Bundesrathes im Grünen Salon, während sich im Weißen Saale die Abgeordneten, Staatsminister, Wirklichen Geheimräthe, Rätthe erster Klasse und vortragenden Rätthe der Ministerien dem Throne gegenüber auf der Loggengasse aufstellten. Im ganzen mochten etwa 200 Personen anwesend sein, unter denen meist die Uniform, der Frack nur vereinzelt vertreten war. Die Logen für das diplomatische Corps, desgleichen diejenigen für das Publikum waren dicht gefüllt.

Nachdem die Kronleuchter zu beiden Seiten des Thrones entzündet waren, begab sich der Bundesrath unter Vortritt des Reichskanzlers Fürsten v. Bismarck, der in der Galauniform seines Kürassierregiments mit dem großen Bande des Schwarzen Adlerordens erschien, in den Saal und stellte sich zur Linken des

Feuilleton.

In dem Archiv des dem Herrn v. Hammer-Burgkall gehörigen Schlosses Hainfeld bei Feldbach, in dem bekanntlich auch der berühmte Orientalist Hammer-Burgkall lange Zeit gewohnt hat, befindet sich, wie die Prager Tagespost mittheilt, ein interessantes Autograph Schiller's, nämlich ein eigenhändiges Brief des großen Dichters, welcher an die Gräfin Burgkall gerichtet und vom 4. Nov. 1785 datirt ist. „Sie wünschen in Ihrem Briefe“, schreibt Schiller unter anderem an die Gräfin, „dass ich auf dem vorliegenden Pfade, den ich betreten, fortfahren möchte. Warum sollte ich nicht, wenn Sie es der Mühe werth halten, mich dazu aufzumuntern? Ich gehe auch bloß dem freiwilligen Zuge meines Herzens nach, indem ich Ihnen Rath befolge. Von jeher war Poesse die höchste Angelegenheit meiner Seele, und ich trennte mich eine Zeit lang bloß von ihr, um reicher und weislicher zu ihr zurückzukehren. In der Poesse endigen alle Bahnen des menschlichen Geistes, und desto schimmer für ihn, wenn er sie nicht bis zu diesem Ziele zu führen den Muth hat. Möchte Ihnen die Elegie, die in dem zehnten Stücke der Horen abgedruckt ist, die Gefühle zu überliefern im Stande sein, die mich erfüllten, als ich sie niederschrieb. In wenigen Wochen habe ich die Freunde, Ihnen meinen Taschenmanach zu übersendend, der die Freundschaft einiger selblichen Stunden enthält. Wie wünsche ich, dass er auch Ihnen einige gewähren möchte! Lassen Sie, vortreffliche Gräfin, mein Andenken unter Ihnen leben. Das Ihrige begleitet mich wie ein schöner Genius und erheitert mein Leben.“

Die Feinde der unterseeischen Kabel macht das französische Hochjournal Die Electricität zum Gegenstande einer Besprechung. Danach ist das Meer von Neben-Inseln bevölkert, die sich auf dem Kabelstrang ansiedeln und die Guntaperchaumbildung langsam zerstören. Der Trede und die Zinnlatererbrans haben eine unglückliche Zerstörung erlitten. Aber nicht alle Feinde des Kabels sind mi-

kroskopisch. Es ist, als ob alle Ungehener der Tiefe sich zur Vermeidung der Telegraphenleitung verbündet hätten. Die Rinde von Cayenne nach Para wurde durch große Fische zerstört, deren schwarze Zähne Abdrücke auf der Isolirung hinterließen. Die Sägefische erprobten ihre Waffen an dem Kabel in der Nähe der Antillen. Die Schildkröten haben die Leitung von Key West nach der Havana zerstört. Das Kabel im Persischen Golf hat ein Walffisch zerrissen, der jedesmal zu solcher Schwamm, um dasselbe zu befestigen, denn er fuhr mit solcher Behemung gegen das Kabelstau, dass er sich selber den Tod gab. Das zerrissene Tau umschlang den Riesenschleib des Walffisches und erwiderte ihn. Aber auch Elementargewalten erweisen sich als Feinde des Kabels. So hat im Mitteländischen Meere der Blitz zweimal die Kabelleitung zerstört und in Südamerika unterbrochen Erdbeben die Leitung. Andere submarine Leistungen gingen zu Grunde durch die Meeresströmungen, welche das Tau so lange auf scharfen Felsklanten rieben, bis es riss. Ein andermal zerriss das Tau, weil es wie ein Feston zwischen zwei hohen Felsen über einem tiefen unterseeischen Thal schwebte.

Zum Kapitel der Rekolose wird folgende interessante Reminiscenz aus London berichtet. Lord Brougham setzte einst das Gerücht von seinem eigenen Tode in Umlauf. Er empfand eine heftige Abneigung gegen Mr. Barnes, den Redacteur der Times, und war folglich sehr begierig zu wissen, was Barnes, der seinen Hass erwiderte, über ihn sagen würde, wenn er todt sei. Im Laufe einer Reise nach Schottland benutzte er einen seinem Wagen zugehörigen Unfall zur Ausprägung des Gerüchtes, dass er getödtet worden, und er trieb den Scherz so weit, dass er sich seinen Sarg bestellen und alle Anstalten für sein Begräbniß treffen ließ. Damals gab es weder Eisenbahnen noch Telegraphen, und einige Tage lang war die Times unglücklich. Barnes sandte indes einen Reporter per Extrapost nach dem Norden. Derselbe begab sich nach dem Hause von Lord Brougham, und als ihm der Sarg mit einem Leichentuche darüber gezeigt wurde, kehrte er überzeugt nach London zurück. Am nächstenfolgenden Tage brachte die Times eine Biographie

Brougham's, von der jede Zeile mit in Gift und Galle getauchter Feder geschrieben zu sein schien. Brougham bereitete der Scherz, wie es heißt, ungeheures Vergnügen; Barnes aber wurde immer erditterter und geschäftiger.

Wie sehr der verstorbene Geh. Commerzienrath A. Borstig für das Wohl seiner Arbeiter besorgt war, dürfte unter anderem auch aus der jetzt erst bekannt gewordenen Bestimmung hervorgehen, nach welcher jedem Arbeiter, der länger als 25 Jahre in dem Etablissement thätig gewesen und arbeitsunfähig geworden ist, außer der von der allgemeinen Vereinskasse in einem derartigen Fall zu zahlenden sogenannten Invalidenpension noch außerdem wöchentlich 6 R. aus der Fabrikkasse gegeben werden sollen. Zugleich wollen wir bemerken, dass die von A. Borstig eingeführte Sitte, jedem Arbeiter am Tage seines fünfundsiebzigjährigen Jubiläum eine Uhr mit goldener Kette und 75 R. zu überreichen, von der neuen Verwaltung beibehalten worden ist.

Aus dem Cadettenhause bei Lichterfelde erzählt die Börsen-Zeitung folgende Vorgänge, welche sie von den Verwandten eines der betreffenden Jünglinge gehört haben will: „Der Sohn eines Rittmeisters wurde von einem seiner ältern Stubengossen mit dem Ohr an den Tisch genagelt und einem zweiten wurde ein Faden mittels einer Nadel durch beide Backen gezogen. Der erstere der Uebeltäter ward mit drei Tagen Arrest bestraft. Der Gewährungsmann der Börsen-Zeitung, die von den ihr jugendlichen Mittheilungen nur Notiz nimmt, um eine authentische Aufklärung derselben herbeizuführen, behauptet, ähnliche Fälle dürften sich ziemlich häufig ereignen, nur würden sie selten zur Anzeige gebracht, weil die gemüthlichen Knaben befürchten, dann als Heiliglinge und Denuncianten verächtet und verspottet zu werden.“

hweig. (384) ben. imm. Str. 16. g beruhente ermöge ihrer wie solcher. n. Gebildete imene Gabe. lung (Kauf- nern Räume aterinspector. wandhauses. (1408-35) Keller- rkannt bef- ann, r. 33. t Strötzel, weg 51. (388-39) hten. fe in Leip- i in Freitag - Dr. Berg in Zwiden Dr. Kauf- Brodenhain t in Wies- na. — Ge- nise Frey- r. Sey is Dr. med. r. — Ein- Leipzig am andar Wer r. — Ger- Santa — Erb- rthold is Viechold A. Lind- ler Moriz ob. Christ- r Tochter

Thron auf. Der Reichskanzler begab sich darauf zu Sr. Maj., um die vorchriftsmäßige Meldung zu machen. Gefolgt von den Prinzen des königlichen Hauses, trat der Kaiser ein, den Helm im rechten Arme tragend, und nahm auf dem Thron Platz, zu seiner Rechten auf der mittlern Stufe Sr. kaiserl. und königl. Hoh. der Kronprinz, dann die Prinzen Karl und Friedrich Karl, dahinter der Feldmarschall v. Manteuffel.

Beim Eintritt Sr. Maj. des Kaisers erhob der Reichstagspräsident Dr. v. Fordenbed den Ruf: „Se. Maj. der Deutsche Kaiser, König Wilhelm von Preußen, er lebe hoch! hoch! und immer hoch!“ Die ganze Versammlung stimmte begeistert dreimal in den Ruf ein.

Der Reichskanzler trat nunmehr vor den Thron, verneigte sich und überreichte aus roth und goldener Wappe folgende Thronrede, welche Se. Maj., das Haupt mit dem Helme bedeckend, mit lauter und vernünftlicher Stimme vorlas:

Geehrte Herren! Indem ich Sie willkommen heiße, drängt es mich, auch von dieser Stelle meinen Dank für Gottes Gnade zu wiederholen, die mich in Gefahr beschirmte und von schweren Leiden geheilt hat. Ich spreche zugleich meinem Sohne, dem Kronprinzen, nochmals meine Anerkennung seiner Führung der Regierungsgeschäfte aus und danke Ihnen, geehrte Herren, für die Unterstützung, welche Sie den verbündeten Regierungen gewährt haben, um im Wege des Gesetzes einer gegen die Grundlagen unserer staatlichen und Culturlebens gerichteten Agitation Einhalt zu thun. Ich darf demnach auch für die Zukunft in gleichem Maße auf Ihre Mitwirkung rechnen, soweit die Heilung unserer socialen Schäden sich als unvollendet erweisen sollte.

Die verbündeten Regierungen berathen über die Mittel, welche die Gesetzgebung zu gewähren vermag, um Uebelstände, unter denen wir auf wirtschaftlichem Gebiete leiden, zu heben oder zu mindern.

Die Vorschläge, welche ich meinen Bundesgenossen theils gemacht habe, theils zu machen beabsichtige, haben zunächst den Zweck, durch Beschaffung neuer Einnahmequellen für das Reich die einzelnen Regierungen in den Stand zu setzen, daß sie auf Forterhebung derjenigen Steuern zu verzichten vermögen, welche sie und ihre Landesvertretungen als die am schwersten aufzubringenden erkennen. Zugleich bin ich der Meinung, daß unsere wirtschaftliche Thätigkeit in ihrem gesammten Umfange auf diejenige Unterstützung vollen Anspruch hat, welche die Gesetzgebung über Steuern und Zölle ihr zu gewähren vermag und in den Ländern, mit denen wir verkehren, vielleicht über das Bedürfnis hinaus gewährt. Ich halte es für meine Pflicht, dahin zu wirken, daß wenigstens der deutsche Markt der nationalen Production insoweit erhalten werde, als dies mit unsern Gesamtinteressen verträglich ist, und daß demgemäß unsere Zollgesetzgebung den bewährten Grundsätzen wiederum näher trete, auf welchen die geübliche Wirksamkeit des Zollvereins fast ein halbes Jahrhundert beruht hat und welche in unserer Handelspolitik seit dem Jahre 1866 in wesentlichen Theilen verlossen worden sind. Ich vermag nicht zu erkennen, daß thatsächliche Erfolge dieser Wendung unserer Zollpolitik zur Seite gestanden haben. Die Vorlagen in der angeordneten Richtung werden, insoweit und sobald die Einigung der verbündeten Regierungen über dieselben stattgefunden haben wird, Ihrer Beschlußnahme unterbreitet werden.

Für den diesjährigen Reichshaushaltsetat, welcher Ihnen ungesäumt zugehen wird, haben neue Einnahmequellen noch nicht in Aussicht genommen werden können und es ist daher, um den Etatsabluß bis zum 1. April zu ermöglichen, die Deckung der Bedarfsziffer durch Matricularumlagen in Ansatz zu bringen gewesen. Ich darf hoffen, daß noch während Ihrer diesjährigen Session Ihnen die Vorschläge der verbündeten Regierungen über Ersetzung der Matricularbeiträge durch andere Einnahmequellen werden zugehen können. Als ein dringlichen Gegenstand Ihrer Verhandlungen darf ich den am 16. Dec. v. J. mit Oesterreich abgeschlossenen Handelsvertrag bezeichnen, welcher Ihrer Genehmigung bedarf.

Die Verträge, durch welche der zu Bern 1874 begründete allgemeine Postverein besiegelt und, im Abhänge seines Grundgebankens, der Gesamtheit der Verkehrsänderer zugänglich gemacht ist, werden Ihnen zur Genehmigung zugehen. Ebenso wird der Gesetzentwurf gegen Verschöpfung der Lebensmittel Ihrer Verabreichung von neuem unterbreitet werden und werden die Entwürfe zur Ergänzung der Justizgesetze Ihrer Beschlußfassung unterliegen.

Um dem Reichstage die Möglichkeit zu gewähren, die Ehre der Mitglieder, welche dem Reichstage nicht angehören, gegen die Ausschreitungen einzelner Mitglieder zu schützen, und seiner eigenen Autorität da, wo sie verkannt wird, vollen Nachdruck zu gewähren, haben die verbündeten Regierungen zu Ihrer Beschlußnahme einen Gesetzentwurf vorgelegt, durch dessen Annahme die verfassungsmäßigen Befugnisse des Reichstages, nach Art. 27 seine Disciplin selbst zu regeln, eine erweiterte gesetzliche Unterlage gewinnen würden.

Die beunruhigenden Nachrichten über den Ausbruch der Pest im Osten Europas haben uns in die bedauerliche Nothwendigkeit gesetzt, Vorsichtsmaßregeln zu treffen, welche dem Verkehr lästig fallen. Die jüngsten Nachrichten geben der Hoffnung Raum, daß die baldige Unterdrückung der Krankheit, wenigstens in Rußland, den energischen Vorkehrungen der kaiserlich russischen Behörden gelingen werde. Sobald sich dies bestätigt, wird der Grenzverkehr sofort wieder auf den, den politischen Beziehungen beider befreundeten Länder entsprechenden nachbarlichen Fuß gesetzt werden.

Die Ungewißheit, in welcher die Schlußbestimmung von Art. 5 des Prager Friedens von 1866 die Zukunft der Einwohner der nördlichen Districte von Schleswig erhielt, hat mich, nachdem die Lösung dieser Frage in wiederholten Unterhandlungen mit Dänemark nicht gelungen war, veranlaßt, mit Sr. Maj. dem Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn in Verhandlung über eine Abänderung jenes Artikels zu treten. Den gegenseitigen freundschaftlichen Beziehungen beider Reiche entsprechend, ist eine Vereinbarung beider Höfe in dem gewünschten Sinne zu Stande gekommen und am 11. Jan. d. J. ratificirt worden, deren Wortlaut zu Ihrer Kenntniß mitgetheilt werden wird.

Die Hoffnung auf eine baldige Beendigung des Krieges

im Orient, die ich beim Beginn der letzten ordentlichen Session aussprach, hat sich erfüllt und es ist den im vorigen Sommer versammelten Vertretern der Großmächte gelungen, sich über Anordnungen zu verständigen, von deren Durchführung der Schutz der Christen, die Sicherung der Ruhe im türkischen Reiche und die Wahrung des Friedens der Mächte Europas zu erwarten ist.

Die durch den Berliner Vertrag bekräftigten friedlichen Beziehungen der auswärtigen Mächte zu Deutschland und untereinander zu fördern, soll auch ferner die Aufgabe sein und bleiben, in deren Dienst ich die große Macht, welche Deutschland durch seine Einigung gewonnen hat, verwenden will, soweit sie in meine Hand gelegt ist. Wenn mir Gott die Erfüllung dieser Aufgabe gewährt, so will ich mit dem dankbaren Gefühl, daß meine Regierung bisher eine reich-gesegnete sei, auch auf die schweren Erfahrungen des letzten Jahres zurückblicken.

Nach Beendigung der Rede trat der Reichskanzler Fürst v. Bismarck vor den Thron und verkündete die Eröffnung des Reichstages mit den Worten: „Im Namen der verbündeten Regierungen erkläre ich auf Befehl Sr. Maj. des Kaisers den Reichstag für eröffnet.“ Se. Maj. der Kaiser verließen darauf unter einem erneuten dreimaligen Hoch der Versammlung, ausgebracht von dem königlich bairischen Bevollmächtigten zum Bundesrathe, außerordentlichem Gesandten und bevollmächtigtem Minister v. Rudhart, in Begleitung Sr. kaiserl. und königl. Hoh. des Kronprinzen und Ihrer königl. Hoh. der Prinzen des königlichen Hauses, huldvoll nach allen Seiten grüßend, den Weissen Saal.

Die Thronrede.

— Leipzig, 13. Febr. Je ungetheilter das Gefühl der Freude und Befriedigung über den ersten und den letzten Theil der Thronrede allseits sein wird, von denen jener Dank gegen Gott ausspricht für die Errettung des allverehrten Kaisers, dieser über die Erhaltung des europäischen Friedens durch den Berliner Vertrag sowie über die neueste Bekräftigung der intimen Beziehungen zu Oesterreich Befriedigung äußert, um so schmerzlicher ist es zu beklagen, daß nicht das Gleiche rücksichtlich der andern Theile der kaiserlichen Rede der Fall sein kann. Aber in den Reichstagskreisen ist, wie wir Berichten aus Berlin entnehmen, der Eindruck der Thronrede ein sehr verschiedener gewesen, und er wird es auch in den weitem Kreisen des Volkes sein.

In Bezug auf das wirtschaftliche Programm, welches die Thronrede andeutet, ist man ja wol allgemein einverstanden damit, daß größere Einnahmen fürs Reich und zwar durch gewisse indirecte Steuern zu erzielen seien. Auch wegen der Wechselwirkung zwischen der Erhöhung dieser und einer entsprechenden Verminderung der directen Steuern enthält die Thronrede beruhigende Versicherungen.

Dagegen hat die Stelle, worin die „Rückkehr zu der Zollvereinspolitik von 1865“ für eine „Pflicht“ erklärt, die 1866 eingetretene Wendung zu freieren Grundsätzen gewissermaßen verurtheilt wird, bei einem großen Theile der Abgeordneten schmerzliche Gefühle erregt. Man finde, so schreibt man uns aus Berlin, daß damit „den Grundsätzen, nach welchen Fürst Bismarck während der Dauer seiner Stellung an der Spitze des preussischen Cabinets wie der Verwaltung des Norddeutschen Bundes und später des Reiches, Hand in Hand mit Delbrück, unsere Zoll- und Handelspolitik geleitet hat, der Krieg erklärt wird, und das in einer Schärfe, die sogar die unbedingten Anhänger dieses Programms einigermaßen überrascht hat.“ Dieser Theil der Thronrede habe — fährt unser Correspondent fort — selbst auf die zahlreichen wirtschaftlich gemäßigten Elemente des Reichstages, welche an der Hoffnung auf eine Verständigung festhielten, einen überaus niederschlagenden Eindruck gemacht.

Nicht minder bedenklich erscheint den liberalen Gruppen des Reichstages die Vorlage wegen der Strafgewalt des Reichstages über seine Mitglieder. Sie erkliden darin die Zumuthung, „die Redefreiheit, welche verfassungsmäßig lediglich an der Selbstdisciplin des Hauses ihre Schranke findet, durch Gesetz beschränken zu lassen“, eine Zumuthung, auf die der Reichstag — von dem materiellen Inhalte der Vorlage ganz abgesehen — nicht eingehen könne. Unser Correspondent schließt daher auch seine Mittheilung mit den Worten: „Alle Freunde des Vaterlandes, die der Ueberzeugung sind, daß unser junges Reich für heftige innere Reibungen noch nicht stark genug sei, werden der Zukunft mit tiefer Besorgniß entgegengehen. Wir können — traurig genug! — nur Eins wünschen: daß uns die thatsächliche Entwicklung der Schwarzseherei überführe“ — ein Wunsch, den auch wir von ganzem Herzen theilen.

Vom Deutschen Reichstage.

○ Berlin, 12. Febr. In der heutigen ersten Sitzung befindet sich am Bundesrathstische Präsident des Reichskanzleramtes Staatsminister Hofmann.

Die einzelnen Fractionen sind ziemlich gleichmäßig

schwach vertreten. Mitglieder der socialistischen Partei werden im Saale nicht bemerkt. Die Abg. Frißche, Bracke und Liebknecht bewegten sich vor der Sitzung im Foyer.

Der Präsident der vorigen Session Abg. Dr. v. Fordenbed übernimmt auf Grund des §. 1 der Geschäftsordnung provisorisch den Vorsitz, erklärt um 3 Uhr 30 Min. die Sitzung für eröffnet und beruft die Abg. Bernards, Graf Kleist-Schmenzin, Thilo und Weigel zu einstweiligen Schriftführern.

Seit dem Schlusse der letzten Session ist Abg. Reichert im Bezirke Unterfranken neugewählt.

Außer dem Etat sind dem Hause folgende Gesetzentwürfe zugegangen betreffend 1) die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Post, Telegraphie u.; 2) Erwerbung eines Grundstückes für das Reichs-Gesundheitsamt; 3) Gebührenordnung für Rechtsanwälte; 4) Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn; 5) betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln; 6) Weltpostvertrag über Briefe mit Wertangabe.

Außerdem liegt eine Zahl von statistischen Uebersichten u. dem Hause vor.

Es folgt der Namensaufruf, um die Beschlußfähigkeit des Hauses zu ermitteln, zu welcher die Anwesenheit der Mehrzahl der Abgeordneten (also 199 von 397) erforderlich ist. Es sind, wie der Namensaufruf ergibt, 200 Mitglieder anwesend, das Haus ist also beschlußfähig und wird morgen Nachmittag 2 Uhr die Wahl seiner Präsidenten und Schriftführer vornehmen.

Vom preussischen Landtage.

* Berlin, 12. Febr. In der gestrigen Abend-sitzung des Abgeordnetenhauses legt dasselbe die Verathung des Cultusetats mit dem Kap. 126: Kunst und Wissenschaft, fort. In diesem Kapitel ist der Titel für Vermehrung der Sammlungen der Museen gegen das Vorjahr um 15000 M. niedriger bemessen.

Abg. v. Bunsen beantragt, statt der geforderten 310000 M. die früher bewilligten 325000 M. in den Etat einzustellen.

Nachdem der Geh. Oberfinanzrath Scholz ausgeführt hat, daß seit 1873 der Fonds von 48000 M. auf 324000 M. erhöht sei, und daß es durchaus nicht die Absicht der Regierung sei, eine dauernde Reduction dieses Fonds herbeizuführen, zieht Abg. v. Bunsen diesen Antrag zurück.

Beim Kap. 127: Cultus und Unterricht gemeinsam, kommt Abg. v. Schorlemer-Ast auf einen Vorschlag in weiter Lesung betreffend die Verlegung des Gymnasialdirectors Peters von Münster nach Coesfeld zurück und bezeichnet die Aeußerung des Geheimraths Stauder, daß er damit einverstanden gewesen sei, als unrichtig.

Geheimrath Stauder glaubt seine damalige Behauptung aufrecht erhalten zu dürfen.

Abg. Franz tadelt das Vorgehen des Commissars für die kirchliche Vermögensverwaltung v. Schudmann in Breslau, der den Nonnen keine Wohnung im Kloster vermieten wolle. Wenn die Oberin der Nonnen nun eine kleine Summe beiseitegeschafft habe, um den Nonnen ein Asyl im Auslande zu verschaffen, so sei das doch nicht wunderbar.

Geheimrath Häbler: Die beiseitegeschaffte Summe ist nicht klein, sie beträgt mehrere hunderttausend Mark. Mehrere Abgeordnete beantragen den Schluß der Debatte; der zweite Vicepräsident Graf Bethusy-Huc constatirt in Uebereinstimmung mit den beiden fungirenden Schriftführern Graf Schmising-Kerßenbrod und Veisert, daß sich die Majorität für den Schluß ausgesprochen habe.

Abg. v. Schorlemer-Ast richtet an den Präsidenten die Frage, ob er bei der Proclamation der Majorität sich mit dem Bureau ins Einvernehmen gesetzt habe.

Vicepräsident Graf Bethusy-Huc: Ich muß den Herrn Abgeordneten bitten, solche Fragen in Zukunft zu unterlassen. Wenn der Präsident eine Majorität proclamirt, so thut er das auf sein Gewissen und seine Gefahr. (Beifall.) Den andern Herren, die mich nicht gefragt haben, will ich mittheilen, daß ich beide Schriftführer befragt habe.

Abg. v. Schorlemer-Ast: Die letzte Auskunft des Herrn Präsidenten hat mich befriedigt; übrigens bemerke ich, daß ich als Abgeordneter berechtigt bin, jede Frage an den Präsidenten zu stellen. (Widerspruch.)

Vicepräsident Graf Bethusy-Huc: Ich habe, solange ich diesen Platz einnehme, anzunehmen, daß ich das Vertrauen des Hauses und jedes einzelnen Mitgliedes habe, daß ich bona fide und den Bestimmungen der Geschäftsordnung gemäß die Debatten leite. Eine solche direct an mich gerichtete Frage, ob ich die Bestimmungen der Geschäftsordnung beobachte, muß ich als ein Mißtrauensvotum betrachten, zu dem ich dem einzelnen Abgeordneten die Berechtigung bestreite. (Beifall.)

Der Rest des Cultusetats wird ohne weitere Debatte erledigt.

Bei der Verathung des Etats sowie des Anleihegesetzes bemerkt Abg. Dr. Birchow, daß das Haus diesmal von seiner im vorigen Jahre befolgten Praxis

die Anleihe machen, abentscheidend

Geh. L. die Anleihe ganz in der besand sich die Versch

Das Höhe von gabe, und 58,87 das Etats-

Das Positionen abföngungs- und Hann Berücksichti zur Tages

Nächste Gesetze un

In der Generalber Die De

I. Die t stant auf G staatsverw Geschäftsgear Bedacht zu aufzufordern lage von to banten Abfa ausföhrunge hoffgebäude and jede über meiden.

Der Be des Hauses darauf besd weisen. D nahme.

Abg. v. Wölle m müße man unsere Vorst man sich d freien, wenn beschränkt, dauern sei stlicher besolg

Abg. N An der Rechte sicher besonders du bahnsystems tive ergriffen Kräfte belä bereits eine 2000 eingetret bewirkte Auf 2000 Beamte

st gestellt einen ausgebe große Anzahl man dem V allem als Ba ordnung gese Klage. Woll durch beweise jiche, welche bahnsystems an Matricula Vollstretreter welche sich i wußt seien, n zahlers im A

Der Ab fermäßigen C bahnsystem habe. Der entgegen, do den Staatsb trischen Ausd sei. Auch s Verwaltung, ausgebehnt z gebäude ein stizgebäude s

Der Re Daase führte der Beamten lungen des mäßigen gem herübergenom Stellen belan

Nach ein die Resolutio Haus zur D stellten Antr

III. Die Anlauf von z zellen und w men; 2) dage stellen, inwiei niederer Ordn denen Eisenba beten und ben

die Anleihen zum integrierenden Theil des Etats zu machen, abgewiesen sei; er wüßte, daß daraus kein entscheidendes Präjudiz gemacht werde.

Geh. Oberfinanzrath Scholz bemerkt, daß diesmal die Anleihe mit dem Etat stehe und falle, weil sie ganz in denselben aufgenommen sei; im vorigen Jahre befand sich nur ein Theil der Anleihe im Etat; daher die Verschiedenartigkeit der Behandlung.

Das Haus genehmigt darauf den Etat in der Höhe von 711,500,758 M. in Einnahme und Ausgabe, und zwar 652,622,066 M. an fortdauernden und 58,878,692 M. an einmaligen Ausgaben, sowie das Etats- und Anleihegesetz definitiv.

Das Haus erledigt dann noch eine Reihe von Positionen betreffend Abänderungen der Forstservitutabstufungs-Gesetzgebung für die Provinzen Hessen-Rassau und Hannover, von denen einige der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen, andere durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt werden.

Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr. Tagesordnung: Gesetze und Generalbericht.

In der heutigen Sitzung fand die Verathung des Generalberichts der Budgetcommission statt.

Die Discussion wird zunächst eröffnet über die ersten beiden Anträge der Commission:

I. Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, in Zukunft auf Ersparnisse bei den laufenden Ausgaben der Staatsverwaltung, insbesondere durch Vereinfachung des Geschäftsganges und Verminderung der Zahl der Beamten Bedacht zu nehmen. II. Die königliche Staatsregierung aufzufordern: Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Finanzlage von kostbaren nicht unumgänglich notwendigen Neubauten Abstand zu nehmen und bei den beschlossenen Bauausführungen, insbesondere bei der Herstellung von Bahnhofsgebäuden, Dienstwohnungen u. dgl. kostspieligen Luxus und jede über das Bedürfnis hinausgehende Anlage zu vermeiden.

Der Berichterstatter Abg. Kiderit glaubt dem Wunsche des Hauses zu entsprechen, wenn er sich vorläufig darauf beschränkt, auf den gedruckten Bericht zu verweisen. Die beiden Resolutionen empfiehlt er zur Annahme.

Abg. v. Meyer-Arnswalde: Wollte man die Verwaltung wirklich reorganisiren, dann müßte man die alten bewährten Institutionen anerkennen. Unsere Vorfahren seien lange nicht so dumm gewesen, wie man sich vielfach einbilde. (Heiterkeit.) Es würde ihn freuen, wenn man die kostspieligen Staatsbauten endlich beschränke, besonders von dem Luxus dabei ablasse; zu bedauern sei nur, daß das Haus diese Ansicht nicht schon früher befolgt habe. (Beifall rechts.)

Abg. Richter-Hagen: An der schlechten Finanzlage des Staates trägt die Rechte sicherlich mehr Schuld als die Linke, sie ist auch noch besonders durch die unzeitige Inaugurirung des Staatsbahnsystems herbeigeführt, wobei ja die Rechte die Initiative ergriffen hat. Wir haben diese Regierungspläne nach Kräften bekämpft. Durch dieses Staatsbahnsystem ist jetzt bereits eine Vermehrung der Staatsbeamten um mehr als 2000 eingetreten, dagegen sind durch die von den Liberalen bewirkte Aufhebung der Wahl- und Schlachtsteuer mehr als 2000 Beamte entbehrlich geworden. Freilich die in Aussicht gestellte Vermehrung indirecter Steuern könnte wol einen ausgedehnten Schmutzgel zur Folge haben und eine große Anzahl neuer Beamten erforderlich machen. Hätte man dem Drängen der liberalen Partei entsprechend vor allem als Basis der Selbstverwaltung eine Landgemeindevorordnung geschaffen, dann wäre eben weniger Ursache zur Klage. Wollte die Rechte sparen, dann möge sie dies durch beweisen, daß sie den Antrag v. Hammerstein zurückziehe, welcher die Durchführung des kostspieligen Staatsbahnsystems zum Zweck habe. Die Linke habe durch Abstriche an Matrikularbeiträgen über 78 Mill. M. gespart, so müßten Volkstretter immer und überall zu sparen bemüht sein, welche sich ihrer Verantwortlichkeit vor ihren Wählern bewußt seien, welche das Interesse des Bürgers und Steuerzahlers im Auge haben.

Der Abg. Frhr. v. Hedlich-Neukirch suchte auf ziffermäßigen Grundlagen nachzuweisen, daß das Staatsbahnsystem keineswegs finanziell verderblich gewirkt habe. Den Ausführungen des Vorredners hielt er entgegen, daß die Steigerung der Beamtenszahl bei den Staatsbahnen nur in dem Verhältnis der kilometrischen Ausdehnung dieser productiven Anlagen erfolgt sei. Auch seine Partei wünsche Sparsamkeit in der Verwaltung, aber sie wüßte dieselbe nicht so weit ausgedehnt zu sehen, daß die Kargheit bei den Staatsgebäuden eintrete, welche neulich in Betreff der Justizgebäude so drastisch geschildert worden sei.

Der Regierungskommissar Geh. Regierungsrath Daase führte aus, daß, wenn man von dem Plus der Beamtenstellen diejenigen abziehe, welche auf Verlangen des Hauses von außeretatmäßigen zu etatsmäßigen gemacht oder aus den annectirten Provinzen herübergenommen seien, sich dieses Plus nur auf 27 Stellen belaufe.

Nach einem Schlußworte des Referenten wurden die Resolutionen I. und II. angenommen, worauf das Haus zur Discussion der Nr. III mit den dazu gestellten Anträgen überging. Resolution III lautet:

III. Die königliche Staatsregierung aufzufordern: 1) vom Ankauf von Vollbahnen unter den gegenwärtigen finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnissen Abstand zu nehmen; 2) dagegen eingehende Untersuchungen darüber anstellen, inwieweit der Bau von localen Anschlußbahnen niedriger Ordnung geeignet ist, die Rentabilität der vorhandenen Eisenbahnen, insbesondere der Staatsbahnen, zu heben und den Absatz von landwirtschaftlichen Erzeugnissen

und sonstigen Rohproducten zu erleichtern; 3) dem Landtage in der nächsten Session eine Darlegung zu machen, inwieweit die Interessenten bei dem Bau solcher Localbahnen durch Maßregeln der Gesetzgebung und Verwaltung beziehungsweise durch Staatsmittel unterstützt werden können.

Der Abg. Dr. Passer und Genossen beantragten:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: An Stelle der Resolution III, 1, S. 54 des Generalberichts Nr. 220 der Drucksachen zu setzen: III. zu erklären, daß unbeschadet der Frage, ob und in welcher Weise das Staatsbahnsystem über den bisherigen Umfang auszudehnen sei, 1) die derzeitige Finanzlage des Staates nicht gestattet, auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens mit Unternehmungen vorzugehen, bei welchen die Rentabilität nicht genügend gesichert ist; 2) es dringend erforderlich ist, die Ziele und Grundzüge der Eisenbahnpolitik seitens der königlichen Staatsregierung klar darzulegen und eine Verständigung über dieselben zwischen der Staatsregierung und dem Landtage herbeizuführen.

Der Abg. Frhr. v. Hammerstein und Genossen beantragten:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: An Stelle der Resolution III, 1, S. 54 des Generalberichts Nr. 220 der Drucksachen zu setzen: III. Die königliche Staatsregierung aufzufordern: 1) die Durchführung des Staatsbahnsystems als Ziel der preussischen Eisenbahnpolitik unverrückt im Auge zu behalten.

Der Referent Abg. Kiderit gab zu, daß wegen der allzu knappen Zeit, welche der Commission zu Gebote gestanden habe, das Material für die Feststellung der Rentabilität der Staatsbahnen in dem Bericht nicht vollständig sei, er müsse aber erklären, daß die Majorität der Commission die vom Handelsminister nachträglich vorgelegte bezügliche Nachweisung als auf richtigen Grundlagen beruhend nicht anerkennen vermöge, obwohl die Commission das Bestreben des Handelsministeriums in den letzten Jahren, die Rentabilität der Staatsbahnen zu heben, anerkenne. Aus diesem finanziellen Gesichtspunkte, nicht aus einem principielle dem Staatseisenbahnsystem feindlichen, sei die Resolution III, die er zur Annahme empfehle, hervorgegangen.

Der Abg. Dr. Rasse führte aus, daß die Frage, ob Staatsbahnen oder Privatbahnen, bei uns schon entschieden sei und daß es sich nur darum handle, im gemeinen Interesse den Uebergang vom gemischten in das Staatsbahnsystem möglichst rasch zu vollziehen. Nach der jetzigen Sachlage müsse der Ressortminister, je mehr nicht rentable Bahnen in Betrieb treten, im Finanzinteresse des Staates durch Concurrenz und Wachtenshaltung der Staatsbahnen den Concurrenzprivatbahnen möglichst viel zu entziehen suchen, andererseits müsse er aber auch das Interesse des in den Privatbahnen angelegten Privatkapitals schützen, endlich müsse er das Interesse der Bahnen benutzenden Conumenten wahrnehmen. Eine gerechte Berücksichtigung aller dieser widerstreitenden Interessen bei einer Centralstelle sei durchaus unmöglich und dieselben könnten nur durch ein reines Staatsbahnsystem miteinander in Einklang gebracht werden. Dem einheitlichen Bahnsystem Preussens würde das übrige Deutschland ebenso folgen, wie es bei dem Bank- und dem Zollsystem geschehen sei. Die gegenwärtige finanzielle Lage sei besonders für eine solche Operation geeignet, denn jetzt würden die Privatbahnen zu mäßigem Preise erworben werden können, und eventuell würde ein zweckmäßiges Expropriationsgesetz eintreten. Die Verständigung mit der Regierung wegen ihrer Eisenbahnpolitik müsse in concreto bei bestimmten Projecten erfolgen.

Der Abg. Richter-Hagen machte dem Vorredner gegenüber geltend, daß derselbe durchaus keine klaren und entscheidenden Gründe für das Staatsbahnsystem vorgebracht habe, und auch der Minister habe in den Commissionsberatungen sowie bis jetzt im Plenum keine entschiedene Stellung zu dieser Frage genommen. Er verzichte deshalb darauf, jetzt auf die Frage näher einzugehen.

Der Minister Maybach stellte in Rücksicht auf die vorgedachte Stunde seine Erklärung für morgen in Aussicht.

Das Haus vertagte sich hierauf bis Donnerstag 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Discussion des Generalberichts.

Eine Kaiserkrone als Ehrengabe des deutschen Volkes.

Der Schlesiener Zeitung schreibt man aus Dresden vom 10. Febr.:

„Seit einigen Tagen beschäftigt man sich in patriotischen Kreisen unserer Stadt mit der Frage, ob in der deutschen Nation der Gedanke nicht zündend wirken würde, ihrem geliebten Kaiser, der sich zu seinem bevorstehenden Jubiläum alle persönlichen Geschenke verbeten hat, zur Feier dieses Tages eine seines Hauptes würdige Kaiserkrone als Ehrengabe darzubringen. In einem solchen auf ewige Zeit dem Kaiserthum und dem Reiche verbleibenden Kleinod würden die Bestimmungen, welche die Nation ihrem erhabenen Monarchen entgegenbringt, unstreitig den schönsten, historisch bedeutsamsten Ausdruck finden. Deutsch-

land hegt zweifellos den Wunsch, daß es eine Kaiserkrone nicht nur in bildlichem Sinne, sondern in Wirklichkeit gebe, auf sinnigere und weisere Weise aber könnte sie wahrlich nicht geschaffen werden als durch eine gemeinsame Festgabe des deutschen Volkes an den großen allverehrten Monarchen, der das Deutsche Reich wieder auferichtet hat, herrlicher und mächtiger, denn es je gewesen.

Wer legt zuerst Hand ans Werk? J. T.“

Die Redaction der Schlesiener Zeitung bemerkt dazu: „Die bereits vorgelegte Zeit kann wol nicht davon abhalten, den angeregten Gedanken, wenn er überhaupt im deutschen Volke Anklang finden sollte, der Verwirklichung entgegenzuführen; es genügt, wenn bis zum Tage des Festes die Stiftungsurkunde an den Thron niedergelegt und der künstlerische Entwurf der allerhöchsten Entscheidung unterbreitet werden kann. Für die Aufbringung der Mittel würde sich vielleicht ein ähnlicher Weg empfehlen, wie er bei der Wilhelms-Spende eingeschlagen wurde, der Maximalbetrag der Einzelspende aber könnte füglich auf die Hälfte reducirt werden, da der Hoffnung Raum zu geben ist, daß die deutschen Fürsten und vielleicht auch der hohe ehemals reichsunmittelbare Adel freudig bereit sein werden, zum Schmuck der Kaiserkrone Juwelen in natura zu spenden.“

Deutsches Reich.

N.L.C. Berlin, 12. Febr. Der einigermaßen heimliche Ernst der innern Lage, welcher in dem die Verlesung der Thronrede begleitenden eifigen Schweigen der Versammlung im Weißen Saale seinen Ausdruck gefunden hatte, lag auch über der ersten Sitzung, zu welcher der Reichstag heute Nachmittag gleich nach der Eröffnung zusammentrat. Vergnügte Gesichter vermochte der Beobachter — mit Ausnahme vielleicht desjenigen des Frhrn. v. Barnbüler — nicht zu entdecken. Im übrigen ergab der Namensaufruf die Anwesenheit von 200 Mitgliedern. Das Haus war also beschlußfähig, und so wurde bereits auf morgen die Präsidentenwahl angesetzt. Die national-liberale Fraction wird bei dieser Präsidentenwahl einfach für Wiederwahl des bisherigen Präsidiums stimmen. Ein Grund, von dem zu Beginn der letzten Herbstsession beobachteten Verfahren abzuweichen, liegt in den obwaltenden Verhältnissen nicht vor.

X Berlin, 12. Febr. Dem Reichstage werden bereits morgen folgende vier Vorlagen zugehen: 1) die über den Staatshaushalt, 2) die über den Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn, 3) die über die Statistik der Reichswahlen im Jahre 1878 und 4) die über die Strafgewalt des Reichstages. — Der Minister des Innern Graf Eulenburg, der nach dem Schluß des letzten Reichstages als Mitglied des Bundesrathes zurücktrat und durch den Unterstaatssecretär Bitter ersetzt wurde, ist jetzt wieder in den Bundesrath berufen worden. Bitter bleibt zur Vertretung ebenfalls im Bundesrath.

— Ueber den Frieden von Konstantinopel sagt die Provinzial Correspondenz: „Der endgültigen Vereinbarung zwischen Rußland und der Türkei schienen sich immer neue Schwierigkeiten entgegenzusetzen — aber dieselben sind durch die innern Nothwendigkeiten der allseitigen Lage überwunden worden, und Europa darf in dem nunmehrigen Frieden von Konstantinopel den vollen Abschluß der jüngsten Kriegssphäre und die Erfüllung des gemeinsamen Friedenswortes des vorigen Sommers begrüßen. Das endliche allseitige Gelingen desselben darf zugleich als Bürgschaft dafür gelten, daß die vertrauensvollen Beziehungen und gemeinsamen Gesichtspunkte unter den Mächten, welche die Lösung jener schwierigen Aufgabe ermöglicht haben, sich auch weiter zum Heil Europas bewähren werden.“

— Aus Rom vom 11. Febr. berichtet die Italia: „Fürst Bismarck beantragte im Vatican die Herstellung zweier Kirchenprovinzen in Elsaß und Lothringen, und zwar ein Erzbisthum in Straßburg mit den Bisthümern Freiburg und Heidelberg, und ein Erzbisthum in Trier mit Bisthümern in Fulda, Mainz und Metz. Der Vatican ist zur Zustimmung geneigt unter der Bedingung, daß gleichzeitig der kirchliche Conflict mit Deutschland beigelegt werde.“ Wie die Risforma versichert, wurde der Conflict bereits beigelegt und ein Concordat angeblich principielle schon vereinbart. Die Unterschriften des Kaisers und des Papstes würden nur verzögert durch die erforderliche Redaction der einzelnen Artikel.

Dagegen schreibt die National-Zeitung: „Die von einem auswärtigen Blatte gebrachte Nachricht von dem Abschluß des Friedens mit Rom wird uns in authentischer Weise als jeden Grund entbehrend bezeichnet.“

— Aus Berlin vom 11. Febr. wird der Weser-Zeitung geschrieben: „Die Gerüchte von einer beabsichtigten Abtretung der Insel Helgoland an Deutschland haben sich als unbegründet herausgestellt. Sie dürften nur der Ausfluß eines auf der Insel selbst

seit langer Zeit gehegten Wunsches sein. Die Eingeborenen, deren Interessen weit inniger mit Deutschland, insbesondere mit Hamburg zusammenhängen, wollen den Segen der englischen Herrschaft nicht einsehen; sie beklagen sich nicht ohne Grund, daß die englische Regierung nicht das Beste thut, um die Insel gegen die jedes Jahr dringender werdenden Gefahren der Sturmflut zu schützen, und hoffen in dieser Beziehung mehr von Deutschland. Andererseits ist auch die Insel für England von sehr zweifelhaftem Werthe; es ist nicht einmal eine directe Verbindung mit England vorhanden, und nur die Sincure eines meist abwesenden Gouverneurs erinnert an die britische Herrschaft.

Der Neuen Frankfurter Presse berichtet man aus Berlin vom 12. Febr.: „Aus bester Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß vor der Vorseitigung jeder Besorgnis betreffs der Pest keine russische Anleihe emittirt wird. Projectirt ist eine Anleihe im Betrage von 15—20 Mill. Pfd. St., die sich im Wesen vollständig den ältern consolidirten Anleihen anschließen soll. Die Reduction des Notenumlaufes für dieses Jahr bleibt auf 180 Mill. Rub. beschränkt.“

Die Weser-Zeitung berichtet: „Die englischen und französischen Blätter haben aus der definitiven Abberufung des längst von Kopenhagen abwesenden Hrn. v. Heydebrand großes Sensationskapital geschlagen. Dem gegenüber mag noch daran erinnert werden, daß Hr. v. Heydebrand seine Versetzung seit lange gewünscht hatte, weil seine Gemahlin das nordische Klima nicht vertragen konnte. Er tauschte daher seinen Wohnort mit dem bisherigen preussischen Gesandten in Stuttgart, Hrn. v. Magnus, und siedelt nach dem Rastat über, während dieser nach dem Sunde zieht.“

Der Neuen Frankfurter Presse schreibt man aus Berlin vom 11. Febr.: „Es scheint, als ob man in den Regierungskreisen der Ansicht huldigt, daß, seitdem die wirtschaftlichen Fragen in den Vordergrund traten, die politischen Parteinungen stark ins Schwanken gekommen seien und Gruppierungen anderer lebensvoller Art sich vorbereiten. Es wird hierbei ganz besonders die vielerörterte Erklärung der Zweihundertvier am Schlusse der letzten Reichstagsession ins Auge gefaßt. Nichts wäre falscher, als von dieser Erklärung aus deduciren zu wollen, es seien neue Parteigruppierungen entstanden, die den schützöllnerischen Bestrebungen jedweden Vorschub leisten, die den Kern-, Steinkohlen-, Holz- und andern Böllen ohne weiteres zustimmen werden. Gibt man sich in den Kreisen der Regierung wirklich der Hoffnung hin, in dieser Erklärung eine Art Garantie zu finden für die mancherlei Zoll- und Steuerprojecte, so ist dies ein Irrthum, der je eher je besser aufgeföhrt, beseitigt werden muß. Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß viele dieser Zweihundertvier, so wenig sie geneigt sind, mit Hrn. Eugen Richter durch dick und dünn zu gehen, andererseits nicht minder abgeneigt sind, Hrn. v. Barnbäcker auf dem Wege zu folgen, den er eingeschlagen hat.“

In der Post macht ein Anonymus v. V. (ebenfalls Hr. v. Barnbäcker) darauf aufmerksam, daß die englische Eisenindustrie sich dormalen in einer Lage ähnlich derjenigen eines großen Geschäftes in Liquidation befinde. Sie müsse verkaufen und gewähre daher Ausverkaufbedingungen, bei welcher die Selbstkosten nicht erreicht werden. Kolossale Speculationen in englischem Eisen ständen bevor. Schon beschäftigt sich die Speculation mit dem Gedanken, zunächst 2 Mill. Ctr., bestimmt für den deutschen Markt, auf verschiedene deutsche Lagerplätze zu bringen, und zwar in Voransicht eines möglicherweise in Deutschland einzuführenden Eingangszolles auf Roheisen. Hr. v. V. weist nun darauf hin, daß im Falle der Feststellung eines solchen Zolles auch eine Nachbesteuerung des neuerdings erst eingeföhrteten fremden Eisens stattfinden müsse, wie das in andern Fällen auch geschehen sei.

Die Tribüne schreibt: „Gerade in gegenwärtiger Zeit ist der Hinweis auf eine Aeußerung unsers Kaisers, welche derselbe in der am 4. Juni 1847 gehaltenen Sitzung der Herrencurie des damaligen ersten und vorletzten Vereinigten Landtages gethan, sicherlich gerechtfertigt. Als diese Curie, welche dem Herrnhause als Vorbild gebient, die Aufhebung des Salzmonopols und die geeignete Dedung des dem Staatshaushalte erwachsenden Ausfalles mit der vorgeschriebenen Mehrheit angenommen und der Finanzminister (nachmaliger Oberpräsident Westfalens, v. Dillenberg) den Antrag wegen Rücksichtnahme auf die Staatsfinanzen für nicht annehmbar erklärte, sagte der Prinz von Preußen: „Darüber, daß die Zeiten der Monopole vorbei sind, ist keine Frage; ich trete also auch vollkommen dem bei, daß das, was in dieser Beziehung besteht, nach und nach abgeschafft werden soll.“

Wie gestern an der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, so sehen wir auch an der Neuen Reichszeitung, welch gefährlicher Feind die gesammte schützöllner- und Agrarierpartei in dem ehemaligen Reichskanzleramtpräsidenten Dr. Delbrück erblickt. Die

Norddeutsche Allgemeine Zeitung begnügt sich damit, Delbrück darüber abzulanzeln, daß er es wage, dem Reichskanzler zu widersprechen. Die Neue Reichszeitung — wie könnte sie anders? — geht viel weiter und leistet in ihrer nicht ungewöhnlichen Manier folgenden classischen Redactionsartikel aus Dresden vom 11. Febr.:

Die politische Technik kann keine Genies schaffen, aber sie kann erreichen, daß Leute, die nicht nur keine Genies sind, sondern das gerade Gegentheil davon, vom Publicus ad hoc dafür gehalten werden, und das genügt unter Umständen vollkommen. Ein „leuchtendes“ Beispiel haben wir an der geschilderten Curstreiberei, welche in jüngster Zeit mit dem Namen des Czerniausers Delbrück vollführt worden ist. Solange das Manchesterthum in unbeschränkter Geltung stand, ist es keinem Menschen eingefallen, in diesem dürren Formalisten, der die Wiedererrichtung des Deutschen Reiches seinerzeit proclamirte, wie etwa der Vorsitzende eines Verirrtsausschusses die Bewilligung von Schankconcessionen ausspricht — etwas anderes zu suchen als den fleißigen und kenntnißreichen Vorarbeiter fremder Ideen und gangbarer Anschauungen. Seit aber das „System“, dessen blutlose Rührertheit und Schwunglosigkeit er allerdings vortrefflich repräsentirt, erufflich ins Schwanken gerathen ist, wird der Mann, dessen Langweiligkeit der Reichskanzler für „Witzlich“ erklärt hat, als eine Größe gepriesen, mit der nicht mehr „unser Braun“, sondern allenfalls nur noch Adam Smith erfolgreich concurriren kann. Und das Mittel ist probat. Kein Zehntel aller liberalen Größen ohne Unterschied des Berufs verdanken ihre „Berühmtheit“ lediglich der Reclame, wie sie hier an dem Leibe des Ministers Delbrück gelbt wird. Ist einer aber erst einmal „berühmt“, d. h. hat sein Name einige hundertmal in allen Zeitungen gestanden, dann ist er auch eine Autorität, und alle Welt schwört mit einer Kritiklosigkeit auf seine Worte, die vielleicht das merkwürdigste Zeichen einer Zeit bildet, welche sich auf ihre Autoritäts- und Pietätlosigkeit nicht wenig zudeutet. Eine solche Autorität nun soll aus dem Minister Delbrück gemacht werden. Er ist dazu bestimmt, in dem bevorstehenden wirtschaftspolitischen Kampfe ein Gegengewicht gegen das ungeheure Ansehen des Reichskanzlers zu bilden, und es läßt sich nicht leugnen, daß die Wahl mit großem Geschick getroffen ist. In den bevorstehenden wirtschaftlichen Debatten des Reichstages wird es sich weniger um Darlegung allgemeiner Principien handeln als um Fixirung der vorliegenden Fragen in concreto. In diesem Punkte ist Dr. Delbrück als volkswirtschaftlicher, wenn auch manchesterlicher Fachmann dem Reichskanzler, der sich selbst als Dilettant bezeichnet hat, aber ohne Zweifel überlegen. Und eben diese technisch-fachmännische Ueberlegenheit soll im Reichstage zur Geltung gebracht werden. Das ist offenbar der Plan der in diesem Punkte einigen National-Liberalen und Fortschrittler. Ob er gelingen wird, hängt davon ab, wie weit Fürst Bismarck in dem Rahmen der Aufgabe bleibt, die ihm der Natur der Sache nach zugewiesen ist. Wenn er sich darauf beschränkt, seinen Standpunkt in großen allgemeinen Sätzen darzulegen und zu vertheidigen, so wird die natürliche Fruchtbarkeit seines Geistes einem Warne gegenüber, dessen Ideenlosigkeit beschworen werden kann, immer zu ihrem Rechte kommen; aber auf Zahlen und Daten darf er sich nicht einlassen, denn Dr. Delbrück ist eine wandernde Registrator.

Sehr charakteristisch ist das Eingeständniß des schützöllnerischen Blattes, daß, soweit es auf „Fixirung der vorliegenden Fragen in concreto“ ankomme, Delbrück „als volkswirtschaftlicher Fachmann“ dem Reichskanzler als bloßem „Dilettanten“ überlegen sei. Nun, auf „Fixirung“ dieser Fragen in concreto, d. h. mit Hinsicht auf die wirklichen gegebenen Verhältnisse, nicht „in bloß großen allgemeinen Sätzen“, wie es nach der Neuen Reichszeitung der Reichskanzler thun soll, kommt es in wirtschaftlichen Dingen allezeit am meisten an.

Preußen. X Berlin, 12. Febr. Die mannichfachen Angaben über stürmische Vorgänge in der letzten Sitzung des Staatsministeriums sind, wie an unterrichteter Stelle mit Bestimmtheit versichert wird, durchaus erfunden.

Die Provinzial-Correspondenz bemerkt: „Die soeben beginnende wichtige Verathung im Abgeordnetenhaus über die Beschlüsse der Budgetcommission wird, wenn sich die bisherigen Erwartungen erfüllen, dazu dienen, die Brücke zu bauen zwischen den speciell preussischen und den Reichsinteressen, um die Entschlüsse im Reiche über eine wirksame Finanz- und Steuerreform vorzubereiten.“

Die Provinzial-Correspondenz berechnet, daß der Schluß des Landtages erst in der letzten Woche des Februar werde erfolgen können.

In einem „Die Socialdemokratie an der Wahlurne“ überschriebenen Artikel sagt die Provinzial-Correspondenz mit besonderem Hinblick auf die Breslauer Wahl:

Der Streit über die Wahlakt der einzelnen Parteien ist von untergeordneter Bedeutung gegenüber der Wahrnehmung, daß die Verbreitung und Organisation, welche die Socialdemokratie bereits gewonnen hatte, stark und tiefgehend genug war, um zunächst auch ohne die Mittel äußerer Agitation, welche ihr durch das Socialistengesetz entgegen sind, noch ihre Wirksamkeit zu bewahren. Diese Wahrnehmung und Erfahrung ist in hohem Maße lehrreich, aber nicht etwa in dem Sinne, daß die Waffen des Socialistengesetzes sich überhaupt als unwirksam erweisen, sondern nur zur Bestätigung der Ueberzeugung, daß es die höchste Zeit war, mit den schärfsten Waffen des Gesetzes der weiteren Verbreitung der Socialdemokratie entgegenzutreten, und daß es voraussichtlich einer längern Zeit bedürfen wird, um die bereits tief eingedrungenen Verirrungen zu überwinden. Nur diejenigen, welche an die Größe des Uebels nicht in vollem

Maße geglaubt haben, können davon überrascht sein, daß dasselbe nach wenigen Monaten der Wirksamkeit des neuen Gesetzes nicht schon irgendwie geheilt sei. Wenn durch das Gesetz „die Schule“ der Socialdemokratie geschlossen werden sollte, so hat doch kein verständiger Politiker erwarten können, daß die Hunderttausende von Arbeitern, welche seit Jahren durch jene Schule gegangen und durch eine feste Organisation untereinander verbunden sind, im Laufe eines Vierteljahres sich von den tiefeingepägten socialistischen Ansichten und Bestrebungen und von jener Gemeinschaft so weit losgelöst haben sollten, daß sie bei einer Neuwahl, bei der es sich um ganz dieselben Personen und Verhältnisse handelte, wie kurz zuvor, in ein anderes Lager übergehen sollten. In diesem Falle bedürfte es gar keiner Organisation, keines Einflusses der Presse und der Führer, es bedürfte nur der eigenen Erinnerung, um die socialdemokratischen Wähler an der Wahlurne um denselben Namen nochmals zu vereinigen. Daß die Staatsregierung ihrerseits eine durchgreifende positive Wirksamkeit des Gesetzes für die erste Zeit nicht erwartet hatte, darüber sind von ihr bei der Verathung desselben die bestimmtesten Aussprüche gethan worden, sie hat gerade deshalb auch den vom Reichstage festgehaltenen Termin für die Giltigkeitsdauer des Gesetzes von nur 2 1/2 Jahren entschieden bekämpft mit der ausdrücklichen Begründung, „daß sich nicht voraussehen lasse, in welchem Zeitraume das Gesetz den erwarteten Erfolg haben könne, und weil eine zu kurze Bemessung der Giltigkeitsdauer eine indirecte Aufforderung zur Fortsetzung geheimer Agitation enthalte.“ So hat denn die Breslauer Wahl in Wahrheit nichts Uebererraschendes gehabt, wohl aber ist sie eine neue Lehre und Mahnung für alle, welche mit der Regierung die Bekämpfung und Ueberwindung der socialdemokratischen Verirrungen für eine der höchsten Aufgaben dieser Zeit halten, eine Mahnung, sich durch das augenblickliche äußere Zurücktreten der socialdemokratischen Bewegung nicht über die Macht derselben in den Gemüthern täuschen zu lassen, sondern mit unablässigem Ernst der Pflichten zu gedenken, welche jene Aufgabe auferlegt.

Der in der Abend Sitzung des Abgeordnetenhauses am 10. Febr. vom Hrn. v. Schorlemer-Ast zu Sprache gebrachte Erlaß der Regierung zu Oepeln lautet nach der Schlesischen Volkszeitung folgendermaßen:

Oepeln, 18. Dec. 1878. In der neuern Zeit haben sich die Fälle, wo gegen jüngere Lehrer von Oberaufseher wegen mit Strafen hat eingeschritten werden müssen, in beunruhigender Weise gemehrt, sodas wir allgemeine Maßnahmen zu erbeten veranlaßt worden sind, um den tiefgreifenden sittlichen Schädigungen entgegenzutreten, welche durch das Verhalten solcher Lehrer bei der Schuljugend und den Schulgemeinden veranlaßt werden. Wir nennen zuerst das leichtsinnige Schulbenahmen jüngerer Lehrer, welches in manchen Fällen dahin geführt hat, daß infolge des gelesenen Manifestationsbundes die Schüßler nach fruchtloser Beschreitung des Rechtsweges um das übrige gebracht worden sind. Ferner nennen wir die unethischen Handlungen jüngerer Lehrer mit Schülern, sogar mit Kindern von kaum zehn Jahren. In einigen Fällen hat die Verurteilung der schuldigen Lehrer zu Zuchthausstrafe und infolge dessen die Entfernung aus dem Schulstande erfolgen müssen. Auch Lehrer in nicht mehr jugendlichem Alter sind ähnlichen Verirrungen erlegen. Zahlreich sind die Fälle von Beschwerden über übermäßigen, bis tief in die Nacht fortgesetzten Unterricht, über unmäßigen Bier- und Brantweinconsum, über Trunkstucht, Kartenspielen, unordentliches Herumtreiben auf Landböden, in Dorfschulen, in Gemeindefest mit ganz ungebildeten Leuten, namentlich mit bescholtenen Frauenzimmer niedersten Standes. Schwügerungen und Alimentsationen sind in einigen Fällen die Folge gewesen. Bei einzelnen Lehrerconferenzen und Zusammenkünften mehrerer Lehrer nach kirchlichen Festen, ebenso bei Trinken und Spielgelagen, ist es zu Raufereien und Schlägereien im Angesicht der Schuljugend und Ortsbewohner gekommen: ja ein junger Lehrer hat sich dabei sogar in offener Gasse Gotteslästerung vertritt. Nebenher gehen Vorkommnisse von erwiesenen Meineid und von Versuchen zum Meineid bei einem Lehrer, welcher gleichfalls verurtheilt ist. Wenn wir auch zu der überwiegenden Mehrheit der übrigen jüngeren und älteren Lehrer das begründete Vertrauen hegen, daß sie mit uns solche traurige Erscheinungen nicht ohne Entschlossenheit und tiefes Bedauern beklagen, daß sie ferner der Unkeuschheit, die Zeitvergeudung, die Unterlassung erster Vorbereitung auf den Unterricht, wie auf die zweite Prüfung nicht weniger junger Lehrer und den Rückgang der von letzteren verwalteten Klassen oder Schulen mißbilligen, so wird damit allein der erwachsende sittliche Schaden nicht gehoben, auch das dem gesammten Lehrstande nöthige öffentliche Vertrauen und die erforderliche öffentliche Achtung in den Gemeinden nicht aufrecht erhalten. Es bedarf kräftiger Stärkung des sittlichen Bewußtseins und der geistlichen Ausrichtung des Lehrstandes bei solchen Lehrern. Die Gesammtheit aller wackeren und braven Lehrer unsers Bezirkes muß dazu die Hand bieten durch Warnung, ernste Ermahnung, Niederhaltung des auftauchenden, genussüchtigen Sinnes der in schwere Verirrungen gerathenen Lehrer, eventuell der mannesmüthigen Anzeige solcher unter denselben bei uns, welche sich nicht warnen lassen wollen. In diesem Behufe nehmen wir auch Em. Wohlgeboren veranlaßt, Sie, jeden einzelnen zu Ihrer Kenntniß kommenden Fall von gewissenloser Verführung der Antypflichten, von sinnlichen Verirrungen mit weiblichem Geschlecht, von ständlicher Trunkenheit, Spielwuth, Schlägerei etc. bei den Lehrern sofort protokolllarisch zu constatiren und die Verhaltungen an uns alsbald einzureichen. Den betreffenden Lehrern gegenüber wollen Sie darüber keinen Zweifel lassen, daß von uns solche Verirrungen mit unerschütterlicher Strenge werden verfolgt werden. Außerdem werden Sie mit mildem oder nach Umständen strengem Ernst, namentlich die jungen Lehrer warnen, ermahnen zu würdiger Haltung in und außer dem Amte, anzuhalten zu fruchtigem Fleiße, bei der Fortbildung anzuhaken, damit im nächsten Jahre die beschämenden Ergebnisse der zweiten Prüfung, bei welcher ein Drittel bis zur Hälfte der Prüflinge wegen grober Unkenntniß und nicht geringem Ungeschick zum Unterrichtenden zurückgewiesen werden müssen, nicht wiederkehren. Im jetzt zu Ende gehenden Jahre haben 70 junge Lehrer die zweite Prüfung nicht zu bestehen vermocht, und es liegt die Ge-

jezt nahe, dem Lehrer Königl. Reg.

* Paris. Kammer v. n. mern, Le H. vorlage Art. 1. welche mit urtheilen. Freiheit gefe. drei Monate Art. 2. D. Art. 3. Art. 4. werden. A. ab wird die onnung der langen der nicht beuden die Beghabi. Regnabigung urtheile, de die Rechts. geltend maad. dung auf die unaciam in derselben Au. stände von 1. Jahre Gefä.

Bei D. und Deuts. des Prag. hats, inden vorhebt: „nehmen, d. Borkommni. barung eine. rischen Mor. als je, und. tigleit.“

— Aus P. Kölnischen V. fand der er. cinthe (Co. houart, in. Montholon. sehr einfach. ohne allen. aus Blumen. nige Anhäng. Titel Erlasse. Die Cereus. sischer Spra. mit breiten. das Wort e. Vorher theil. die Bischöfe. tholischen Ki. dieselben abe. erscheinen, d. sie würden i. halb in ihrer. weihen und. die Chöre d. hierauf d. worin er dem. seinem Werke. liche Katholik. und wir woll. stigung und. nommen, so. heit bewahrt. alle Zeiten! ligion; es h. Man wird u. hier, einmal. getreu dem ch. treuer denn j. sammlung. ungefahr 250.

London. sold's an den. Niederlage. Der Verlust an englischen. Der Ueberrest. Das Lager nod. dem er den T. entfernt gewes. Morgen den P. lang durch 3-24. Die Vertheidi. Loren hier alle. lage stattfand, unter Oberst. die Zulus erfo.

Königreich Sachsen.

Dresden, 11. Febr. Der hiesige Rath hat in seiner letzten Plenarsitzung eine Verwaltungsangelegenheit zum Abschluß gebracht, die seit mehreren Jahren Gegenstand eingehender Beratungen war. Es handelt sich hier um die Reorganisation der Armenverwaltungsbehörde, für welche auch einzelne Kreise der Bürgerschaft sich lebhaft interessirt und Organisationsvorschläge gemacht hatten. Die streitigste Frage war die, ob das Institut der Armenpfleger beizubehalten sei, eventuell ihre Zahl und der anderweite Vorschlag, bezahlte Armencommissare anzustellen. Der Rath hat nun den Entwurf des von ihm niedergelegten gemischten Ausschusses angenommen, wonach von der Einführung besoldeter Armencommissare abgesehen und lediglich eine Reform der für das Armenwesen bestehenden Geschäftsabtheilung des Rathes, des derselben zur Unterstützung beigegebenen Ausschusses und insbesondere des Ehrenamtes der unbesoldeten Armenvorsteher und Armenpflegerschaft ins Auge gefaßt wird. Die wesentlichsten Bestimmungen des angenommenen Entwurfs sind nun folgende: Die Verwaltung des öffentlichen Armenwesens wird einem durch ein besoldetes Rathsmittelglied als Vorsitzenden, drei unbesoldete Rathsmittelglieder, vier Stadtverordnete und sieben andere wählbare Bürger gebildeten und „Armenauschuß“ benannten, gemischten Ausschusse übertragen. Die Rathsmittelglieder (Stadtträte) werden vom Stadtrath, die übrigen Mitglieder von den Stadtverordneten gewählt. Der Armenauschuß hat innerhalb der Grenzen des für das Armenwesen festgesetzten Jahreshaushaltes das Recht selbständiger Verfügung über die Art, das Maß und die Dauer der öffentlichen Unterstützungen, sowie über das Maß der aus Stiftungen, Legaten, Geschenken u. zu gewährenden Unterstützungen. Er verhandelt mit Armenverbänden und Behörden, erstattet Berichte an Oberbehörden und macht die Regressansprüche gegen andere Armenverbände oder gegen erstattungspflichtige Personen, im Fall sich das nöthig macht, auf dem Proceßwege geltend. Zur Unterstützung des Armenauschusses durch Begünstigung von Unterstützungsgebern, Vertheilung der Unterstützungen und unmittelbare Aufsichtsführung über die mit öffentlicher Unterstützung versehenen Armen werden vom Rathe auf Vorschlag des Armenauschusses aus der Reihe der wählbaren Bürger Armenpfleger ernannt. Die Anzahl derselben wird vom Armenauschusse bestimmt und so bemessen, daß in der Regel keinem Armenpfleger mehr als zehn laufend unterstützte Personen oder Familien zugewiesen werden. Das Amt des Armenpflegers ist ein unentgeltlich zu verwaltendes Gemeindegemeinamt. Zur gemeinschaftlichen Besprechung bilden je sechs bis zehn Armenpfleger einen Bezirksauschuß unter dem Vorsteher eines von ihnen aus ihrer Mitte gewählten Obmannes. Die sonstigen Bestimmungen des Entwurfs, welcher nun den Stadtverordneten zu unterbreiten ist, betreffen die Verwaltung des Stammvermögens und der Vermächtnisse, Instructionen, die Einnahmen der Armenkasse u.

Leipzig, 13. Febr. Die Stadtverordneten hatten sich in einer gestrigen Sitzung an erster Stelle mit der wichtigen und schwierigen Frage der Neugestaltung des städtischen Bauamtes zu beschäftigen, welche schon seit Jahren Gegenstand der Berathung des Rathes und der Stadtverordneten ist. Die Angelegenheit war durch den Verfassungs-, den Bau- und den Deconomieauschuß vorbereitet worden, in deren Namen Director Peuder berichtet. Ueber die gestellten Anträge entwickelt sich eine ziemlich lebhaft und lange Debatte. Oberbürgermeister Dr. Georgi sprach namentlich gegen die beantragte „einheitliche technische Spitze des Bauamtes“, empfahl dagegen dringend die altsäbaltige Anstellung eines Directors für das Hochbauamt. Ferner erklärte er es für unausführbar, daß ein an der Spitze der Geschäfte des Bauamtes stehender Stadtrath die Angelegenheiten nicht nur formell, sondern auch sachlich bearbeite. Die „gemischten Ausschüsse“, welche die Stadtverordneten früher beschlossen haben und über deren Wesen der Rath genauere Auskunft wünschte, gaben Anlaß zu sehr verschiedener Meinungsäußerung (Vorsteher Göb, Vicevorsteher Dr. Schill, Gumpel, Architekt Grimm und der Referent). Schließlich fanden folgende Anträge Annahme: 1) Das Collegium ist nicht im Stande, ohne einen Gesamtplan der Reorganisation des Bauamtes vor Augen zu haben, in Erklärungen über Einzelheiten einzugehen; 2) man beharrt bei dem früheren Beschlusse, es solle als erste technische Spitze für das gesammte öffentliche Bauwesen der Stadt ein Architekt angestellt werden; ebenso 3) dabei, daß die geschäftliche Spitze des Bauamtes ein Stadtrath zu bilden habe; 4) erklärt man die Verwilligung des Gehalts von 7500 M. für einen Baudirector, steht jedoch von der Forderung der Ausschüsse ab, daß derselbe die höhere Staatsprüfung abgelegt haben müsse. Im übrigen ersucht man den Rath um baldige Aeußerung bezüglich der in dieser Angelegenheit an ihn gebrachten Beschlüsse. Es wurden außerdem einige Conton des Haushaltplans ge-

— In einem Artikel über die englische Niederlage am Tugelastuffe sagt die National-Zeitung:

„England hat weder mit dem Cap noch mit Natal telegraphische Verbindung. Die Fahrt von der Capstadt nach Madeira nimmt bei Passagierdampfern 21 Tage in Anspruch; von Madeira aus liegt ein Kabel nach Europa, das jedoch angeblich nur unvollständig fungirt. Vermuthlich hat ein schnellfahrender Regierungsdampfer die jetzt erhaltene Nachricht an diese äußerste Telegraphenstation übermittelt. Wir müssen voraussehen, daß sie eine außerordentliche Erregung in England hervorrufen wird; denn die Ansichten über die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit des Krieges, über dessen einleitende Stadien wir weiter unten nähere Mittheilungen geben, waren keineswegs ungetheilt; vielmehr wurde das Vorgehen des königlichen Obercommissars Sir Bartle Frere gegen den König der Zulus Cetewayo einer sehr scharfen Kritik unterzogen. Ernstliche Beschwerden Englands lagen nicht vor. Von englischer Seite verlangte man von dem Zuluskönige die Auflösung seiner Armee, weil man in derselben eine Gefährdung für die Zukunft sah. Die Annexion der Transvaalrepublik durch England gegen den Willen der Boers hat seinerzeit in Europa einiges Aufsehen gemacht; der jetzige Krieg gegen die Zulus entspringt derselben Politik, die in dem Südosten von Africa einen großen englischen Coloniestaat errichten will. Ein Blick auf die Karte belehrt, daß die Zulus den Küstenstrich innehaben, dessen Hinterland die ehemalige Transvaalrepublik bildet, und das Zulugebiet im Süden an die Colonie Natal anstößt. Das Ultimatum des englischen Obercommissars wurde im December erlassen, die Frist zur Annahme war am 1. Jan. abgelaufen, am 3. Jan. verließ der englische Resident das Gebiet des Königs Cetewayo, Lord Chelmsford, der Oberbefehlshaber der Truppen, wollte nach den letzten Nachrichten warten bis zum 11. Jan., ehe er den Tugela, den Grenzfluß zwischen Natal und dem Zulugebiet, überschritt. Nunmehr kommt die Nachricht von der Niederlage der Engländer beim Flusse Tugela selbst; ist die geschlagene Abtheilung nicht ein Bortras, sondern, wie es scheint, ein Nachschub, so ergibt sich daraus, daß die Rückzugslinie des ganzen betreffenden englischen Corps gefährdet wäre. Die Armee des Königs Cetewayo wird auf 40—50000 wohlbewaffnete und einregimentirte Männer geschätzt mit zahlreicher Cavalerie.

Die Engländer zählen jetzt im ganzen 8000 Mann europäische Truppen und 7000 Eingeborene, die als wenig zuverlässig geschilbert werden. An Reiterei haben sie nur ein paar hundert Mann, sie rechneten auf die moralische Ueberlegenheit und die bessere Bewaffnung. Anscheinend haben die Zulus die Engländer gezwungen, ihre Armee zu theilen, indem sie selbst in zwei Abtheilungen operirten. Wenn nun schon, wie die Depesche meldet, Port-Natal, die Hauptstadt von Natal, ernstlich bedroht ist, so haben die Zulus bereits die Offensive ergriffen. Die Lage der Engländer ist um so gefährdeter, als die übergroße Zahl der Bewohner von Natal und Transvaal aus Stammesgenossen der siegreichen Zulus besteht — in Transvaal finden sich auf 300000 Bewohner 25000 Weiße, und ganz ähnlich ist das Verhältniß in Natal. Bis jetzt beherrscht das Prestige Englands die Eingeborenen und hielt sie in Unterthänigkeit; nunmehr wird König Cetewayo als der mächtigste Herrscher Ostafrikas gelten. Englische Berichte vergleichen den Kriegszustand der Zulus mit den Spartanern nach der Gesetzgebung Lykurg's, andere gehen in ihren Vergleichen noch weiter, indem sie darauf aufmerksam machen, daß, wie nach Aristophanes der Peloponnesische Krieg unter dem Vornamen anbot, den der Raub zweier Mädchen von Megara in Athen erregte, so sei der Raub zweier Zulusfrauen aus englischen Gebiete ein oberer Streitpunkt. Als Entschädigung hatte der Obercommissar die Auslieferung der Schuldigen und eine Strafe von mehreren hundert Ochsen verlangt. Wie dem auch sei, die Zeit für Spielereien mit classischen Erinnerungen ist für England vorbei. Die Sache ist höchst ernstlich für die Colonialpolitik Englands, von welcher ihre Gegner behaupten, daß sie in einen „Erdhunger“ verfallen sei, wie ein englisches Blatt sich ausdrückt; nicht minder ernst ist die Sache für die englische Regierung selbst. Das Parlament, welches am 13. Febr. zusammentritt, findet einen Verhandlungsstoff höchst aufregender Art und die Opposition einen Angriffspunkt vor, wie er seit langem ihr nicht geworden war. Wir zweifeln allerdings nicht daran, daß König Cetewayo seinen Triumph schwer zu bezahlen haben wird und daß sein schließlicher Untergang nunmehr wahrscheinlicher ist als vor seinem Siege. Zunächst aber wird es großer Opfer an Geld und Mannschaft bedürfen, während der Krieg in Afghanistan gleichfalls noch nicht beendet und die innere Lage insolge der fortgesetzten Geschäftskrisis gleichfalls eine keineswegs ruhige ist.“

Frankreich.

Paris, 11. Febr. Die in der Deputirtenkammer von den Ministern der Justiz und des Innern, Le Royer und Marcère, eingebrachte Amnestievorlage hat folgenden Wortlaut:

Art. 1. Amnestie wird bewilligt allen für Handlungen, welche mit dem Aufstande von 1871 zusammenhängen, Verurtheilten, die schon in Freiheit gesetzt sind oder noch in Freiheit gesetzt werden, schon begnadigt sind oder noch binnen drei Monaten nach Erlaß dieses Gesetzes begnadigt werden. Art. 2. Die in contumaciam wegen Handlungen dieser Art erkannten Strafen können im Gnadenwege erlassen werden. Art. 3. Von der Promulgirung dieses Gesetzes ab wird die Rechtswohlsit des Art. 637 der Strafproceßordnung den Individuen zu theil, gegen welche wegen Handlungen derselben Art Verfolgungen eingeleitet und noch nicht beendet sind. Art. 4. Von dem Augenblicke an, da die Begnadigungsschreiben, welche von Rechts wegen diese Begnadigung nach sich ziehen, notificirt sind, kann der Verurtheilte, der nach Frankreich zurückgekehrt ist, nicht mehr die Rechtswohlsit des Art. 476 der Strafproceßordnung geltend machen. Art. 5. Dieses Gesetz findet keine Anwendung auf die Individuen, welche contradictorisch oder in contumaciam wegen gemeiner Verbrechen oder wegen Vergehen derselben Art verurtheilt worden sind, die, vor dem Aufstande von 1871 begangen, eine Strafe von mehr als einem Jahre Gefängniß nach sich gezogen haben.

Bei Besprechung des zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland geschlossenen Vertrages über Art. 5 des Prager Friedens sagt das Journal des Débats, indem es die einleitenden Worte desselben hervorhebt: „Es wäre eine arge Selbsttäuschung, anzunehmen, daß dieser diplomatische Act in bestimmten Vorkommnissen seinen Ursprung habe. Er ist die Offenbarung einer Eintracht zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und Deutschland, welche enger ist als je, und gerade das verleiht ihm seine hohe Wichtigkeit.“

— Aus Paris vom 10. Febr. berichtet man der Köninischen Zeitung: „Gestern Nachmittag um 4 Uhr fand der erste Gottesdienst in der vom Pater Hyacinthe (Loyson) gestifteten Kirche in der Rue Rochefort, in dem Local, wo früher das Théâtre Folies Montholon war, statt. Das Innere der Kirche ist sehr einfach; die Wände sind weiß angestrichen und ohne allen Schmuck. Die ganze Verzierung bestand aus Blumen. Eine Masse Neugieriger, aber nur wenige Anhänger der neuen Kirche, welcher Loyson den Titel Erlisse gallicane gegeben, hatten sich eingestellt. Die Ceremonie begann mit einem Gesang in französischer Sprache, worauf Loyson, der einen Ueberwurf mit breitem Kermeln und einem weißen Kreuz trug, das Wort ergriff, um die neue Kirche einzuwelken. Vorher theilte er noch mit, daß er drei seiner Freunde, die Bischöfe von Norea, von Edinburgh und der katholischen Kirche der Schweiz, eingeladen habe, daß dieselben aber durch ihre Arbeiten verhindert seien, zu erscheinen, daß sie ihm aber die Versicherung gegeben, sie würden im Geiste anwesend sein. Er werde deshalb in ihrem Namen das Local dem Dienste Gottes weihen und es segnen. Während der Weihung sangen die Chöre das Laudate Dominum. Loyson bestieg hierauf die Kanzel und hielt eine längere Predigt, worin er den Zweck auseinandersetzte, welchen er mit seinem Werke verfolgte. „Wir sind“, sagte er, „wirkliche Katholiken und Katholiken der Kirche Frankreichs, und wir wollen es bleiben; und wenn wir die Unterstützung und die Hilfe der englischen Bischöfe angenommen, so haben wir doch unsere volle Actionsfreiheit bewahrt. Jesus gestern, Jesus heute, Jesus für alle Zeiten! Es handelt sich nicht um eine neue Religion; es handelt sich nicht um eine fremde Kirche. Man wirft uns vor, daß wir Laien seien; der Priester, einmal Priester, bleibt Priester, und wir bleiben getreu dem christlichen Symbol, und wir sind ihm treuer denn je.“ Die Predigt schloß mit einer Geldsammlung. Die Herrichtung der neuen Kirche kostete ungefähr 25000 Frs.“

Großbritannien.

London, 11. Febr. Eine Depesche Lord Chelmsford's an den Kriegsminister bestätigt die englische Niederlage vom 22. Jan. Es heißt in derselben: „Der Verlust betrug 30 Offiziere und 500 Mann an englischen und 70 Mann an Colonialtruppen. Der Ueberrest von Oberst Glyn's Colonie besetzte das Lager noch in derselben Nacht von neuem, nachdem er den Tag über mit mir 19 Kilometer davon entfernt gewesen war. Wir erreichten am folgenden Morgen den Posten bei Koort's Drift, der 12 Stunden lang durch 3—4000 Zulus angegriffen worden war. Die Vertheidigung durch ungefähr 80 Mann des 24. Regiments war höchst tapfer. Die Zulus verloren hier allein 1000 und beim Lager, wo die Niederlage stattfand, über 2000 Mann. Die erste Colonie unter Oberst Pearson wurde angegriffen, schlug aber die Zulus erfolgreich zurück.“

Handel und Industrie.

nehmigt, auch stimmte man dem „Regulativ für den Milchverkauf in der Stadt“ ohne wesentliche Abänderungen bei.

— Eine am 9. Febr. in Rochlitz abgehaltene Wanderversammlung des conservativen Vereins hat nach einem Vortrage des Reichstagsabgeordneten Dr. Frege-Abtendorf über „Volkswirtschaft und Conservatismus“ eine Adresse an Fürst Bismarck beschloffen, worin es heißt:

Ein Drittheil unsers Volkes durch einen besagend-werthen Nachstreit dem Vaterlande entfremdet, Hunderttausende Unzufriedener durch Ausnahmegesetze mißsam in Schranken gehalten, schwindende Frucht in den Häusern und Werkstätten, schwindende Gottesfurcht in den Herzen, Handel und Verkehr gedrückt, die Fabriken stillstehend, die Landwirtschaft krankend, die Landstraßen mit verwilderten arbeitlosen Gesellen bedeckt, durch das unselige Landarmen-thum ein erheblicher Bruchtheil des Volkes des schönsten Bürgerrechtes, der Heimat, beraubt — das sind die Zustände im Vaterlande, wie sie heute, nach zehnjähriger liberaler Herrschaft uns darbieten! Möchten Em. Durchlaucht dies fühlen wie wir! Möchten Hochdieselben den Versuch wagen, sich auf die starken und treuen Arme der Conservativen zu stützen! Flieht auch unser Mund von Beteuerungen der Reichstreue nicht abseit über, würden wir auch das Recht der freien Entscheidung für jede einzelne an uns heran-tretende Frage uns wahren und beispielsweise dem Reichs-Eisenbahnproject wie dem Tabakmonopol zu widerstreben haben, so seien doch Em. Durchlaucht des Eines gewiß: in der Vaterlandsliebe, in der Treue zum Reiche, in der Opferfreudigkeit sehen wir föderativ und conservativ ge-sinnte Sachgenossen in Stamme und keiner Partei nach!

Aus dem Vortrage des Dr. Frege theilt die Leipziger Volks-Zeitung Folgendes mit:

Dr. Frege empfahl zunächst aus finanziellen Gründen Schutzzölle auf Einfuhr. Der kleine Mann, sagte er, welcher Petroleum brenne, sei schlimmer daran, wenn er dasselbe durch indirecte Steuern höher bezahlen müsse, das Licht zu vertheuern, sei nicht recht. Wenn aber ein Zoll auf Ge-treide gelegt würde, solle man durchaus nicht glauben, daß das Brot dadurch verteuert würde. Das Tabakmonopol bekämpfte Dr. Frege, ebenso das Reichs-Eisenbahnproject. Seine Partei sei, sagte er ferner, dafür, daß man die So-cialdemokratie mit „geistigen Waffen“ bekämpfe, Alters-invalidenklassen gründe &c. Durch Polizeicommissarien werde die Socialdemokratie nur gestärkt.

— Der Breslauer Zeitung wird aus Berlin vom 9. Febr. geschrieben: „Vor einiger Zeit ging durch die Blätter eine Mittheilung betreffend die Verwidmung eines königlichen sächsischen Offiziers in eine Unter-suchung wegen Landesverraths auf Grund einer gegen denselben eingereichten falschen Denunciation. Wie wir hören, hat die ehrengerichtliche Untersuchung, welche der wegen angeblich landesverrätherischer Hän-dlungen demüthigte Offizier (ein Hannoveraner in säch-sischen Diensten) selbst gegen sich beantragt hat, auch nicht den mindesten Anhaltspunkt für so schwere Be-schuldigungen ergeben. Das ganze Gerücht wird dar-auf zurückzuführen sein, daß der Betreffende viel in diplomatischen Kreisen verkehrt und vielleicht, wie ein-zelne andere Offiziere der deutschen Mittel- und Klein-staaten, eine Preussin nicht ganz sympathische Haltung beobachtet hat. Uebrigens ist der sächsische Kriegs-minister (General v. Fabricé) wegen der Angelegen-heit nicht in Berlin gewesen, sondern hat an dem Tage, wo die Blätter seine Ankunft in Berlin mel-deten, an dem Empfange des österreichischen Kron-prinzen in Dresden theilgenommen.“

* Leipzig, 12. Febr. Wir haben schon öfter Gelegenheit gehabt, an dieser Stelle auf die Wirksamkeit der hiesigen Typographischen Gesellschaft und deren dankens-würthe, auf die Hebung des Buchdruckerwesens in tech-nischer Beziehung unaußergesetzten Bestrebungen hin-zuwiesen. Ein neues Verdienst zunächst um die hiesige Buchdruckerwelt erwirbt sich die Gesellschaft durch die Ver-anstaltung eines nächsten Freitag im Hotel de-Bologne statt-finden Vortrages des Directors der hiesigen königlichen Kunstakademie, Professor Rieper über „Die Kunst im Buchgewerbe“, ein Thema, dessen Behandlung einer be-rufenen Kraft nicht leicht hätte anvertraut werden können, als dem verdienstvollen Leiter unserer hiesigen königlichen und sächsischen hervorragenden Bildungs- und Pflanzstätten der Kunst und des Kunstgewerbes. Bei dem regen Interesse, welches die Angehörigen des Buchdruckerwesens den Ver-tretern der Typographischen Gesellschaft bisher entgegen-getragen, dürfte der Besuch des nur Buchdruckerkreisen zu-gänglichen Vortrages (Eintrittskarten sind unentgeltlich von den Vorstandmitgliedern der Gesellschaft zu beziehen) ein außerordentlich lebhafter werden.“

△ Schneeberg, 10. Febr. Als vor drei bis vier Wochen in Bernsbach bei Schwarzenberg ein Gut nieder-brannte, härmte sich der Besitzer desselben so sehr, daß er in kurzer Zeit starb. Die Witwe bezog mit ihren Kin-dern das zweite ihr gehörige Gut im Dorfe. Während sie aber am vergangenen Freitag an einem Begräbniß in lauter theilnahm, ward auch dieses Geschäfte ein Raub der Flammen.

— Ein Unglück, welches vier Menschenleben kostete, hat sich am 9. Febr. nachmittags auf dem Schachte II der Steinkohlengesellschaft Bokwa-Dobndorf-Vereinigt-feld zu Dobndorf ereignet. Beim Hinablassen einer mit Zimmerholz gefüllten Tonne kettelte letztere aus dem Ver-schlußhaken am Seile aus und stürzte von den Schacht-türen an der Schachtmündung aus in den 850 Meter tiefen Schacht, in welchem mehrere Arbeiter mit Herstellung von Schachtmündung &c. beschäftigt waren. Vier derselben, der Häuer Heinrich Moritz Franke aus Röblich, Leh-rer August Hermann Köppler aus Oelsnitz, Häuer Friedrich Wilhelm aus Gallenberg und Lehrhauer Wilhelm Moritz Stieglitz aus Hermersdorf, sind sofort getödtet worden, wäh-rend der Lehrhauer Karl Friedrich Lehner aus Hermersdorf schwer verwundet wurde.

1. Leipzig, 12. Febr. Laut einer durch Vermittelung des königlichen Ministeriums des Innern der Handelskam-mer zugegangenen Mittheilung wird im Mai d. J. in Prag eine Ausstellung der Metallindustrie statt-finden, welche der Verein zur Erhaltung des Gewerbs-geistes in Böhmen veranstaltet, und bei welcher sich Aus-länder in der ersten Abtheilung (Metalle, Drähte, Bleche, Stangen &c.) und in der zweiten Abtheilung (Werkzeuge und Maschinen zur Metallbearbeitung, insoweit solche im Handwert zu verwenden sind; Maschinen für größere Eta-blissemens in kleinen Modelen), auf besondere Erlaubniß auch in den übrigen Abtheilungen betheiligen können. An-meldungen sind bis 1. April einzureichen. Näheres ist durch Vermittelung der Handelskammer zu erfahren.

1. Leipzig, 12. Febr. Der Leipziger Gewerbeverein hat der Handelskammer mitgetheilt, daß er in diesem Jahre eine Gewerbe- und Industrieausstellung, verbunden mit einer Ausstellung antiker und moderner kunstgewerb-licher Gegenstände, zu veranstalten gedenkt, bei welcher die Betheiligung deutscher Industrieller erwünscht ist. An-meldungen sind bis Ende März einzufenden. Die Ausstellungs-ordnung nebst Gruppeneinteilung &c. kann auf dem Bureau der Handelskammer, Neumarkt 19, I, eingesehen werden.

1. Leipzig, 12. Febr. Von der hiesigen Reichsbankhaupt-stelle ist der Handelskammer die Mittheilung zugegangen, daß die Reichsbank von heute ab an ihren Anstalten Wechsel von fünfjähriger Verfallzeit auf sämtliche Bank-plätze unter Berechnung von Zinsen für fünf Tage an-kauf, sofern diese Wechsel auf 3000 R. und darüber lauten. Für kleinere kurze Wechsel werden wie bisher mindestens 10 Tage, beziehentlich 10 Pf. Zinsen gefordert.

○ Pilsen, 10. Febr. Durch den bekannten Vorgang in der hiesigen „Bürgerlichen Pilsener Bierbrauerei“ ist auch die neben derselben hier bestehende Actienbrauerei in Pilsen insofern mit betroffen worden, als man auswärts natürlich zwischen der einen und andern nicht unterscheidet, vielmehr, weil ein Gebräu des Bieres von jener misrathen war, auf das Pilsener Bier im allgemeinen mit einem Vor-urtheil blickt. Die Gerechtigkeit erfordert es daher, einem Zeugniß, welches der „Actienbrauerei“ die Allgemeine Wiener Medicinische Zeitung in ihrer Nr. 5 (vom 4. Febr.) aus-stellt, weitere Verbreitung zu geben. Diefelbe sagt: „Das Pilsener Bier hat einen verdienten Ruf; das Wasser in Pilsen ist demselben günstig und keinem andern Wasser schreibt man die Qualität zu, ein solches Bier zu Tage fördern zu können. Dieses Wasser hat aber die Actienbier-brauerei aus erster Quelle und man kann ihr den Vor-wurf nicht machen, daß sie sich nicht des gleichen Wassers bediente. Auf allen Ausstellungen: Wien, Philadelphia und Paris, hat sich die competenteste Jury für die Vorzüglich-keit des Bieres der Pilsener Actienbrauerei ausgesprochen und sie mit Ehrenauszeichnungen bedacht; für uns bedarf es zwar keiner weiteren Beweise, denn wir sind von der Vor-züglichkeit, der Qualität und der Wirkung des Bieres der Actienbrauerei aus Grund ärztlicher Daten durchdrungen. Wir sprechen nur vom medicinischen Standpunkte, weil in der gegenwärtig alarmirten Zeit auf die Qualität der Ge-tränke in erster Linie Rücksicht genommen werden muß, damit man ihnen die Schuld an epidemischen Krankheiten nicht zuschreiben vermöchte.“

□ Wien, 11. Febr. Unsere Börse fürchtet nicht so sehr die Pest als die Erscheinungen, welche die Furcht vor der Pest zu Tage fördern können. Die Furcht ist ein Factor, dessen Bedeutung sich gar nicht specifizieren läßt, und kann man durchaus nicht wissen, welche Dimensionen dieselbe annehmen kann. Darum ist die Börse auch sehr zurückhal-tend, ohne eigentlich flau zu sein. Die Anleihebedebatten im ungarischen Reichstage sind an der Börse spurlos vorüber-gegangen. Man weiß aus Erfahrung, daß die Opposition die Finanzen in schwärzesten Tönen schildert, um die Po-sition der Regierung zu erschüttern. Ungarn hat übrigens keine andere Wahl, als diese Anleihe zu versuchen oder die Zinsen zu reducieren. Die ungarischen Staatsmänner haben in den letzten zehn Jahren viel gelündigt. Man hat eine hypothecirte Anleihe aufgenommen, ohne den Versuch zu machen, ob man nicht auch eine nichtfundirte Anleihe pla-cieren könnte. Das geschah im Jahre 1868. Zwei Jahre später hat man eine Lotterianleihe aufgenommen, die noch heute 20 Proc. unter dem Paricurse steht. Eine Lotterianleihe spart man sich gewöhnlich für Kriegzeiten oder für Zeiten aus, wo auf anderem Wege kein Geld zu bekommen wäre. Endlich hat man in den Jahren 1873/74 150 Mill. Schatzscheine ausgegeben, von welchen die Hälfte am 1. Dec. 1878 zum vollen Nennwerthe in Gold eingelöst wurde; der Rest dagegen am 1. Aug. d. J. zur Einlösung gelangt. Nach solchen Fehlern ist es auch begreiflich, daß die Proc. ungarische Goldrente einen so niedrigen Kurs erreicht hat. Ungarn verhorret sich zwar eine Domanalleihe, aber der jetzige Rentencurs deutet darauf hin, daß Ungarn seinen Geldbedarf nur dann aufbringen kann, wenn es einen Theil desselben durch eine Domanalleihe zu beschaffen sucht. Die Rothschilde-Gruppe kann übrigens, solange die Furcht vor der Pest andauert, keinen Beschluß über die Form der Geldbeschaffung fassen und liegt in dieser Unge-wißheit auch die Hauptursache der nun seit so langer Zeit anhaltenden Stagnation der Börse. Die österreichische Rente leidet zwar unter dem Drucke der ungarischen Gold-rente, behauptet sich jedoch relativ sehr fest.

* Bremen, 12. Febr. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard white loco 9,15, per März 9,25 bez., per April 9,30, per Mai 9,40, per August-December 10,10.

* Antwerpen, 12. Febr. Petroleummarkt. (Schluß-bericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 23 1/2 bez. u. Br., per März 24 Br., per April 23 1/2 Br., per September-December 26 Br. Behauptet.

* Glogow, 12. Febr. (Roheisen.) Mixed numbers warrants 42 Sh. 7 D.

* Liverpool, 12. Febr. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 7000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Markt. Middling amerikanische Februar-März-Lieferung und März-April-Lieferung 5 1/2 D.

Börsenberichte.

* Berlin, 12. Febr., 3 Uhr 5 Min. Fonds. Deutsche Reichsanleihe 95,90, 4 1/2 Proc. preuß. consol. Anl. 105,—, 3 Proc. sächs. Rente 73,—, Oest. 1860er Lose 109,70, do. Papierrente 53,90, do. Silberrente 54,70, do. Goldrente

64,50, Ungar. Goldrente 72,20, Russ. consol. 1877er Anl. 84,40, do. Prämienanleihe 142,40. Bankactien. Belg. Deutsche Creditanst. 114,—, Chemn. Banko. 74,25, Koburger Cred. 68,30, Darmst. B. 114,50, Deutsche B. 100,10, Deutsche Reichsb. 153,20, Disconto-Comm. 127,75, Dresd. B. 102,—, Geracr B. 76,25, do. Handels- u. Creditb. 47,75, Gotthard B. 85,—, Leipziger Discontogel. 67,75, Meining. Creditanst. 72,25, Oesterr. B. 66,—, Sächs. B. 102,60, Sächs. B. 24,—, Thüring. B. 74,40, Weimar. B. 33,—, — Oest. Creditanst. 396,—. Industrieactien. Gelsenkirchen 91,80, Königs- u. Laurahütte 66,10.

Eisenbahnactien. Auffs-Tepl. 140,30, Berg-Märkische 77,75, Berlin-Anh. 87,90, Berlin-Potsd.-Magdeb. 79,25, Breslau-Schweidnitz-Freib. 63,50, Berlin-Stettin 95,—, Köln-Minden 104,10, Galiz. Karl-Ludwigb. 96,25, Oest.-Serau-Guben 15,40, Ragdeh-Golberst. 121,25, Mainz-Ludwigsb. 68,—, Oberschlef. La. A 120,40, Prag-Turnau 37,50, Oest.-Franz. Staatsbahn 427,—, do. Nordwestb. 194,50, do. südl. Staatsb. 118,—, Rhein. 107,—, Rumän. Stammact. 29,—, do. Stammprior. 83,50, Tähr. 112,—, Weimar-Gera 32,60.

Sorten. Napoleonsd'or 16,20, Oest. Banknoten 173,30, do. Silbergulden —,—, Russ. Banknoten 195,30. Wechsel. Petersburg l. S. 194,90, do. 3 M. 194,30, Wien l. S. 173,65, do. 2 M. 172,50.

* Frankfurt a. M., 12. Febr. Schlusscurse: Lombard Wechsel 20,432, Wiener Wechsel 173,80, 3 Proc. Sächsische Rente 73, Oest. Papierrente 53 1/2, do. Silberrente 54 1/2, do. Goldrente 65, Staatsb. 213 1/2, Lomb. 58 1/2, Galiz. 192 1/2, Oest. Creditact. 199 1/2, Darmst. Bankactien 114 1/2, Deutsche Reichsbank 153 1/2.

* Hamburg, 12. Febr. Silberrente 54 1/2, Goldrente 64 1/2, Creditact. 198 1/2, 1860er Lose 110 1/2, Franz. 534, Lomb. 145 1/2, Ital. Rente 74 1/2, 1877er Russen 84, Pericines 121 1/2, Laurahütte 65 1/2, Commerzbank 101 1/2, Norddeutsche 136 1/2, Intern. Bf. 84 1/2, Amerik. 96 1/2, Köln-M. 104.

* Wien, 12. Febr. Schlusscurse. Papierrente 62,20, Silberrente 63,30, 1860er Lose 115,—, Nordwestb. 112,—, Banca. 790,—, Creditact. 221,—, Anglo-Austr. Bank 97,—, London 116,90, Silberagio 100,—, Ducaten 5,65, Napoleonsd'or 9,32, Galiz. 221,20, Staatsbahn 246,20, Lomb. 67,50, Goldrente 75,—, Deutsche Reichsbank 57,55.

* Paris, 12. Febr., 3 Uhr nachm. 3 Proc. amortisirt. Rente 80,10, 3 Proc. Rente 77,40, 1872er Anleihe 112,90, Ital. 5 Proc. Rente 74,47 1/2, Oest. Goldr. 65 1/2, Ung. Goldr. 72 1/2, 1877er Rente 86, Franz. 530,—, Lomb. 151,25, do. Prior. 240,—, 1865er Türken 12,60, 1869er 82,—, Türkenlose 48,20.

* London, 12. Febr. Consols 96 1/2, Ital. 5 Proc. Rente 73 1/2, omb. 6, 5 Proc. 1871er Russen 83 1/2, do. 1872er 83, do. 1873er 83, Silber —, 1865er Tür. Anl. 12 1/2, 1869er do. —, 5 Proc. Amerik. 106 1/2, Oest. Sil-berrente —, Papierrente —.

Leipziger Productenbörse vom 13. Febr. mittags 1 Uhr. Witterung: Trübe. Weizen per 1000 Ko. netto loco 175—180 R. bez., geringer 155—165 R. bez. u. Br.; unverändert. Roggen per 1000 Ko. netto loco 132—134 R. bez., feiner 118—126 R. bez.; unverändert. Gerste per 1000 Ko. netto loco feinste Sorte 170—175 R. bez., Landwaare 150—155 R. bez., geringe 120—125 R. bez. Hafer per 1000 Ko. netto loco hiesiger 128—130 R. bez., fremder 120—125 R. bez. u. Br. Raps per 1000 Ko. netto loco ungarischer 120 R. bez. Raps per 1000 Ko. netto loco 255 R. bez. Rapssamen per 100 Ko. netto loco 14 R. Br. Rübsl per 100 Ko. netto loco 55,50 R. bez., per April-Mai 56 R. Br.; unverändert. Spiritus per 10000 Liter Proc. ohne Faß loco 51 R. G.; matter.

* Leipzig, 13. Febr. Die heutige Börse eröffnete und verlief in äußerst animirter Stimmung, das Geschäft nahm an Ausdehnung gegen die Vortage zu, ba auch von seitens des Privatpublikums zahlreiche Kaufaufträge vorlagen.

Deutsche Fonds fest. Reichsanleihe, Sächsische Renten, Sächsische Anleihen und 4 Proc. Preussische Consols waren in angenehmem Verkehre.

Für die Mehrzahl der Eisenbahnactien herrschte faul-lustige Stimmung. Buschthiederer, Galizier, Köln-Min-ner, Rumänier, Prag-Turnauer erzielten bei regem Umsätze Courseancen.

Bankactien ziemlich befestigt; Leipziger Credit steigend, Berliner Disconto, Geracr Bank, Leipziger Bank und Sächsische Bank wurden theilweise höher gehandelt und blieben noch gefragt.

Ausländische Fonds fest, aber still. Von Industriepapieren waren Gohlfiser bevorzugt und höher.

Von deutschen Prioritäten waren Anhalter, Mindener, 4 1/2 Proc. Leipzig-Dresdner, rechte Oberufer- und Sals-bahn sehr beliebt. Oesterreichische Prioritäten zeigten große Rührigkeit und verfolgten in ihrer Mehrzahl haussirende Richtung. Buschthiederer, Böhmisches Nordbahn, Galizier, Turnauer, Dur-Bodenbacher, Nordwestbahn und Pilsener Priesen sind als ganz besonders lebhaft zu bezeichnen.

Wechsel ruhig, Oesterreichische Banknoten höher.

Neueste telegraphische Depeschen.

* Neapel, 12. Febr. Die heute von den Aerzten abgegebenen Gutachten über den Geisteszustand Passanante's erklären jede Geistesstörung für ausgeschlossen. Wie es heißt, würde die öffentliche Ge-sundheitsverwaltung gegen Passanante am 27. Febr. spätestens am 5. März stattfinden.

* Petersburg, 13. Febr. Einer Depesche des Golos aus Jarigin vom 12. Febr. zufolge wäre die Zahl der Erkrankungen leider gestiegen, seitdem milderer Wetter eingetreten. Die Abfindung einer Sanitätscommission sowie eines Sanitätsdetachements nach den insicirten Drischtschen erfolgt in etwa drei Tagen nach Ankunft sachverständiger Chemiker aus Petersburg. — Der Zustand des hier erkrankten Char-lower Professors Jakob, welcher an der Spitze der ärztlichen Commission steht, hat sich verschlimmert. — Gegenwärtig herrscht hier Regenwetter.

Leipziger Börse.

13. Febr.

Wechsel.

Table of exchange rates for various locations including Amsterdam, London, and Paris.

Deutsche Fonds.

Table of German bonds and securities with columns for title, interest rate, and price.

Table of international bonds and securities, including titles like Berlin-Stettin and Chemnitz-Großschmied.

Table of Eisenbahn-St. Pr. Actien (Railway shares) for various companies.

Table of Bank- u. Credit-Actien (Bank and credit shares) for institutions like Allg. D. Cr.-A. and Berl.-Disc.-Ges.

Table of Industrie-Act. Prioritäten u. Stamm-Prior. (Industrial shares and priorities).

Table of Ausländische Fonds (Foreign funds) including titles like Oesterr. Goldrente and do. Silberrente.

Table of Inl. Eisenb.-Prior.-Obl. (Domestic railway bond priorities) for companies like Altenburg-Zeitz and Chemnitz-Großschmied.

Table of Ausl. Eisenb.-Prior.-Obl. (Foreign railway bond priorities) including titles like Ansb.-Teplitzer and Böh. Nordbahn.

Table of Kohlen-Act. u. Prior. (Coal shares and priorities) for companies like Friedensgrube and Mariengrube.

Table of Bank-Discounto (Bank discounts) for various banks and locations.

Table of Sorten (Types) listing various goods and their prices.

Table of Eisenb.-Stamm-Act. (Railway shares) for companies like Chemnitz-Zeitz and Leipzig-Teplitz.

Ankündigungen.

Theater der Stadt Leipzig.

Announcements for theater performances at the Neues Theater and Altes Theater, including plays like Lucrezia Borgia and Die Büste.

